

Erstausg. täglich außer Montags. Preis pro Nummer 20 Pf. Vierteljährlich 60 Pf. Halbjährlich 1.10 Pf. Jährlich 2.10 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummern 2 Pf. Sonntags-Nummern mit dem morgigen Beilage 10 Pf. Post-Abonnement: 1. Vierteljährlich 1.80 Pf. Halbjährlich 3.40 Pf. Jährlich 6.40 Pf. Unter Ausschluss der Post-Verkäufe. Preisliste Nr. 1000 unter Nr. 6633.

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfjährige Zeitdauer über deren Raum 40 Pf. für Bericht- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Verantwortl. Redakteur
Ant. L. Nr. 4156.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 6. Dezember 1892. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Militärvorlage und Reichstags-Auflösung.

Die Liebeserklärungen, welche Herr Bahl im Namen der Nationalliberalen dem Reichskanzler machte, und die Sorge, mit welcher die Zentrumsführer bisher jeder unbilligen Erklärung aus dem Wege gegangen sind, lassen es als Thatsache erscheinen, daß zwischen diesen beiden Parteien und der Regierung betreffs der Militärvorlage Kompromiß-Verhandlungen im Gange sind. Da es gewiß ist, daß die Regierung sich mit einer Ab- schlagszahlung begnügen wird, und da die Nationalliberalen und das Zentrum, selbst wenn von den zwei konservativen Fraktionen nur die Hälfte mit der Regierung geht — es werden aber mehr sein — die Majorität des Reichstages bilden, so könnte der Sieg der Regierung für unbedingt sicher gelten, wenn nicht ein Moment vorhanden wäre, welches das ganze Kompromiß- und Schachergeschäft ver- derben kann. Und dieses Moment ist — das deutsche Volk, oder anders ausgedrückt, die tiefe Abneigung der Massen gegen die neue Militärvorlage, die immer weitere und weitere Kreise ergreifende Ueberzeugung, daß Deutschland schon durch die vorhandene Militärlast übermäßig bedrückt ist und bei einer noch größeren Belastung zusammenbrechen muß. Sogar unter den konservativen und nationalliberalen Wählern ist diese Stimmung bereits zu kräftigem Ausdruck gekommen, und unter den Zentrumswählern, die von jeher dem Militarismus feind waren, ist die Stimmung eine so sehr oppositionelle geworden, daß die Zentrumsabgeordneten, wenn sie für die Militärvorlage eintreten, in die Gefahr kommen, ihre Wahlkreise zu verlieren. Die Herren vom Zentrum wissen das — und nur die Furcht vor ihren Wählern hat sie bisher gehindert, das von den Wählern gewünschte Schachergeschäft abzuschließen. Sind die Wähler nicht auf der Hut, sehen sie ihren Abgeordneten nicht auf der Finger, so kommt der Kompromiß zu stande und der Reichstag fristet sein Dasein bis zum Februar des Jahres 1893. Sind aber die Wähler wachsam, rühren sie sich, dann wird ein Teil der schacherlustigen Geschäfts- politiker von einem Kompromiß abgehalten werden. In der Hand der Wähler liegt also das Schicksal der Mil- itärvorlage. Die Wähler aufzurütteln, ihnen zu zeigen, was ihr Loos ist, wenn die Militärvorlage angenommen wird, das muß jetzt unsere Hauptaufgabe sein. Ihn wir nach dieser Richtung hin das Mögliche, so wird sich für die Militärvorlage keine Majorität finden und der Regierung ist gezwungen, den Reichstag aufzulösen und an das Volk zu appellieren. Der Wahlkampf, der dann entbrennt, würde unter den obwaltenden Verhält- nissen und Stimmungen unserer Partei aller Berechnung nach einen Sieg bringen, noch größer als der des Jahres 1890.

Die Entscheidung wird noch nicht im Lauf dieses Jahres fallen. Die erste Lesung der Militärvorlage

ist nächsten Freitag beginnen und sie wird bis Mitte der folgenden Woche dauern, bis zum 13. oder 14. Dezember. Die Kommission, vor welche die Vorlage verwiesen wird, kann vor Weihnachten nicht mehr zusammentreten, und sie wird frühestens Anfangs Februar ihre Arbeiten beenden. Die zweite Lesung, die dann sofort be- ginnen wird, bringt die Entscheidung. Wir haben dem- nach zwei Monate der Agitation vor uns! Werden sie gut ausgenutzt, so becheert der Februar 1893 und die Auflösung und der März den Sieg. Der März, dem Kriegsgott Mars geweiht, ist ein trefflicher Schlachtmont.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember.
Zum Dreiklassen-Wahlssystem. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Düsseldorf erhielten die Zentrums- kandidaten 2550, die Konservativ-Liberalen 2307 Stimmen. Das Resultat der Wahl war, daß die ersten 2, die anderen 12 Stadtverordneten durchbrachten. Das Ver- hältnis ist in anderen Städten oft noch viel schlimmer. Da sind erstens 2/3 der Arbeiter ganz des Stimmrechts beraubt, und wenn das eine wahlberechtigte Drittel selbst über die Mehrheit gebietet, so bleibt diese dennoch oft ohne Ver- tretung. Im Dreiklassen-Wahlssystem kommt das Geld- prothentum zur unerschütterlichen Vertretung. Der rohste und dumme Schlächtermeister hat oft ein größeres Wahlrecht, als sämtliche studierte und unstudierte Elementar- und Gymnasiallehrer. Die „Kölnische Zeitung“ sieht in solchem Zustande die „Intelligenz“ zu höherer Geltung kommen.

Freisinnige Rechtsliebe. Dieselben freisinnigen Blätter, welche erst vor kurzer Zeit die Art, in welcher Ge- richtsvorsitzende vor dem Urtheilspruch ihre persönliche An- sicht kundgaben, belächelten, nehmen jetzt keinen Anstoß daran, solche Kundgebungen als Ausprüche der richter- lichen Autorität zu benutzen. Die „Volks-Zeitung“ fährt gegen die Beamten, welche für die Wahl Ahlwardt's ein- treten, den Ausspruch des Vorsitzenden im Ahlwardt-Prozess, Landgerichtsdirektor Braunweiler an:

„Es wird am Ende eine große Anzahl von Personen geben, welche nach Ihrem öffentlichen Auftreten Zweifel an Ihrem Patriotismus haben, wenn sie daran denken, daß Sie die Beamtenhaft, das Militär und alles, was im preussischen Staate Obrigkeit ist, in größter und unmaß- lichster Weise angreifen.“

Es gab eine Zeit, wo der Landgerichtsdirektor den- selben Sprach auch gegen die „Volks-Zeitung“ und über- haupt gegen jeden halbwegs wirklichen freisinnigen An- geklagten hätte anwenden können. In diesem Falle hätte das „freisinnige“ Blatt wohl dagegen protestirt. Aber,

was dem Freisinnigen Recht ist, das ist auch dem Anti- semiten billig. Ob der Ausspruch des Herrn Braunweiler begründet ist oder nicht, darauf kommt es nicht an.

Wer die geschichtlich entwickelten Verhältnisse und Zu- stände in Preußen kennt, dem sollte es übrigens nicht Wunder nehmen, daß Landräthe, Seminar Direktoren und Pfaffen die Wahl Ahlwardt's unterstützen.

Im Reichsetat für 1893/94 sind die Einnahmen für Stempelabgaben für Wertpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose zusammen mit 27 171 000 M. veranlagt. Davon entfallen für

A. Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen 6 849 000 M.
B. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 12 943 000 „
C. Lotterieloose von Staatslotterien 7 042 000 „
do. von Privatlotterien 887 000 „

Von den bestehenden fünf Staatslotterien werden zu entrichten haben: die preussische 2 694 000 M., die sächsische 1 860 000 M., die mecklenburgische 318 000 M., die braun- schweigische 1 106 000 M., endlich die hamburgische 1 064 000 M.

Die Einnahmen an Reichs-Stempelabgaben, abzüglich der 2 pCt. Verwaltungskosten für die Bundesstaaten, be- liefen sich für

	Markt 1889/90	Markt 1890/91	Markt 1891/92
A. Wertpapiere	9 380 153	5 226 551	4 491 945
B. Kauf- und An- schaffungsgeschäfte	14 840 462	19 186 945	10 800 788
C. Loose v. Priv.- Lotterien	2 487 075	589 816	1 448 737

Der Stempel für Lotterieloose brachte im Jahre 91/92 eine Einnahme von nahe 8 400 000 M.; es hat also die staatlich konzessionirte und staatlich betriebene Spielsucht 170 Millionen aus den Taschen des Volkes gezogen. Für die Regierung wird dies gewiß ein Zeichen des Volks- wohlstandes sein; kann das Volk noch 170 Millionen für Lotterie ausgeben, kann es auch noch ein paar hundert Millionen mehr dem Moloch Militarismus opfern. Hat man doch auch die zunehmende massenhafte Auswanderung für ein Zeichen zunehmenden Wohlstandes erklärt.

Antisemitisches. Bei der Wahlkampagne für Ahl- wardt hat sich herausgestellt, daß, während die königliche Staatsanwaltschaft bemüht ist, den antisemitischen Grob- verleumdern zur Strafe zu bringen, die königlichen Ver- waltungsbeamten des Wahlkreises sich auf's kräftigste ins Zeug gesetzt haben, um Ahlwardt zum Siege zu verhelfen. Unter der Aera Bismarck ist das deutsche Beamtenthum systematisch zum Antisemitismus erzogen worden.

Tiefer hängen. In ihrem Zentralorgan, dem „Leip- ziger Tageblatt“, schreiben die „unabhängigen“ Revolutionäre im Dienste des Kapitalismus:

„Der „Vorwärts“ giebt täglich Kenntniss von denjenigen Volkstagsversammlungs-Beschlüssen, in denen das Einverständnis

Feuilleton.

190

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Es war Ende Februar. Auf den Straßen begann es morgens nach Weichen zu riechen, die auf den Wagen der Blumenhändler zu Markt gebracht wurden.

Duroy's Himmel träubte keine Wolke. Als er eines Nachts nach Hause kam, fand er einen Brief durch die Thürspalte geschoben. Er sah nach dem Stempel und las: „Cannes“. Er riß den Brief auf und überließ folgende Zeilen:

Cannes, Villa Jolie.

Lieber Freund!
Sie versprechen mir, daß ich in allem auf Sie rechnen dürfte. Nun bin ich in der Lage von Ihren Diensten Ge- brauch machen zu müssen. Schwere verlange ich von Ihnen. Kommen Sie und stehen Sie mir bei. Charles geht seiner Auflösung entgegen, lassen Sie mich nicht allein. Vielleicht erlebt er das Ende dieser Woche nicht mehr, obwohl er noch immer aufsteht, aber der Arzt hat mich auf das Schlimmste vorbereitet.

Ich habe nicht mehr Kraft und Muth genug, um so Tag und Nacht mit dem Tode kämpfen zu sehen. Mit Schrecken denke ich an seine letzten Augenblicke, die unmittelbar bevorstehen. Nur Sie kann ich um einen solchen Dienst bitten, denn mein Mann hat keine Verwandten. Sie sind sein Freund. Ihnen hat,

er den Weg zu Ihrer jetzigen Laufbahn geöffnet. Kommen Sie, ich beschwöre Sie. Ich habe sonst Niemanden, an den ich mich wenden könnte.

Glauben Sie das Ihrer ergebenen Freundin

Madeleine Forestier.

Eine sonderbare Empfindung durchstog wie ein Lust- hauch Georges Herz; es war ihm in Muth, als würde er befreit, als öffne sich ein weiter Raum vor ihm, und er murmelte: „Ich reise hin. Der arme Charles! So ist es nun aber einmal.“

Er ließ den Verleger den Brief der jungen Frau lesen, und der gab brummend seine Einwilligung. Er scharte ihm nur ein: „Kommen Sie rasch wieder, Sie sind hier unerlässlich.“

Am nächsten Abend fuhr Georges Duroy mit dem Siebenuhr-Schnellzug nach Cannes. Er hatte die Mavell's telegraphisch von seiner Abreise benachrichtigt.

Er kam am folgenden Tage um vier Uhr Nach- mittags an. Ein Kommissionär führte ihn zur Villa Jolie. Sie lag mitten auf der Höhe in dem Tannenwalde, der sich von Cannes bis zum Hafen von Juan hinstruck, und aus dem weiße Villen hervorstuckten.

Es war ein niedriges, im italienischen Stile erbautes Häuschen, das hart an dem Wege lag, der sich in Hitzad- linien durch das Gehölz schlängelt und bei jeder Biegung entzückende Aussichtspunkte bietet.

Der Diener öffnete die Thür und rief: „Ach, Herr Duroy! Die gnädige Frau erwartet Sie schon voller Un- geduld.“

„Wie geht's Ihrem Herrn?“ erwiderte Duroy.
„Oh, gar nicht gut. Er macht's nicht mehr lange.“
Der junge Mann trat in einen mit rothem, blau-

gemustertem Stoff ausgeschlagenen Salon. Durch das breite, hohe Fenster konnte man auf Stadt und Meer hinabsehen.

„Als Landhaus sehr nett!“ dachte Duroy. „Wo nehmen Sie mir zum Teufel das Geld dazu her?“

Das Knistern eines Kleides ließ ihn sich umdrehen. Jean Forestier streckte ihm beide Hände entgegen. Wie lebenswürdig von Ihnen zu kommen!“ Und plög- lich schloß sie ihn in ihre Arme. Dann sahen sie sich an.

Sie war ein wenig bleich und mager, aber so frisch wie immer und vielleicht sogar noch häßlicher in ihren zarteren Farben. „Er ist schrecklich“, flüsterte sie. „Er fühlt, daß er nicht mehr zu retten ist und tyrannisiert mich furchtbar. Ich hab ihm gesagt, daß Sie kommen würden. Aber wo haben Sie Ihren Koffer gelassen?“

„Ich ließ ihn auf der Eisenbahn,“ erwiderte Duroy. „Ich wagte nicht, zu welchem Hotel Sie mir raten würden, damit ich hier in der Nähe sei.“

Sie zögerte einen Augenblick, dann sagte sie: „Sie bleiben natürlich hier in der Villa. Ihr Zimmer ist schon bereit. Er kann jeden Augenblick sterben, und wenn es in der Nacht geschähe, wäre ich ganz allein. Ich lasse Ihr Gepäck holen.“

Er verneigte sich: „Ganz wie Sie wünschen.“

„Gehen wir nun hinauf.“

Er folgte ihr. Sie öffnete im ersten Stock eine Thür, und Duroy sah im rothen Licht der untergehenden Sonne ein bleiches in Decken gehülltes Gesicht am Lehnstuhl am Fenster sitzen. Ein Leichnam schien ihn anzublicken. Er erkannte ihn kaum, er ahnte mehr, daß es sein Freund wäre.

Es roch nach Fieber im Zimmer, nach Arznei, nach

mit den Verhandlungen und Resolutionen des Parteitag bescheiden wird; das Blatt unterschlägt aber alle gegenseitigen Klagegebungen, die so manchem Anhänger die Augen öffnen könnten. So wurde z. B. bei der Berichterstattung über den Parteitag durch den Delegierten Hoch in Frankfurt a. M. gerügt, daß Liebknecht's Gehalt viel zu hoch sei; als er noch weniger Gehalt bekommen, habe er viel schärfer geschrieben. Wer in der Lage sei, ohne Sorgen zu leben, fühle nicht mit dem arbeitenden Volke. Es sei zu bedauern, daß der Parteitag das Gehalt nicht festgesetzt habe. Auch die Frage der Parteiführer hätte eine andere Lösung finden müssen; im vorigen Jahre habe die Fraktion den Gewerkschaften einen Knüttel zwischen die Beine geworfen, das habe die Hamburger Küssperrungen zur Folge gehabt. Anträge, die dem Parteivorstande nicht passen, gelangen gar nicht zur Verhandlung, ein Beweis dafür, daß die meisten Delegierten nicht selbständig gedacht und gehandelt."

Und die Leute, die das schreiben, nennen sich die einzig wahren Revolutionäre. Sie schwingen mit der einen Hand die rote oder schwarze Fahne des Proletariats, und die andere halten sie bettelnd der Bourgeoisie hin, um für die Beschimpfung der Sache des Proletariats und der Revolution ein verächtlich hingeworfenes Almosen aufzufangen. Liebknecht, dem sie besonders zürnen, weil er sie von Anfang an durchschaute und ihnen das Löwenfell von der Gänsehaut des großmäuligen Bierbrau-Philisters gerissen hat, verzichtete vor dreißig Jahren auf ein größeres Gehalt als das, welches er heute bezieht, und ging mit seiner Familie in die Verbannung und in ruhelosen Kampf, weil er den Feinden seine Kraft nicht zur Verfügung stellen wollte. Und dieses von Ehre und Scham unabhängige Volk lebt von der kapitalistischen Reaktionspresse, und läßt sich, da es vollkommen leistungsunfähig ist, von den Herren Bourgeois dafür bezahlen, daß es die Sache der Arbeiter, der es dienen zu wollen behauptet, in den Koch zieht und jeden, der ihr ehrlieh dient, mit Schmutz bewirft. Da waren die Hofnarren der alten Zeit noch hundertmal achtungswertere Leute. Sie sagten den Brotherrn wenigstens manchmal die Wahrheit. Das fällt diesen Prostituierten in der Jakobinerstraße nicht ein — sie sind zu feig, ihrem Brotgeber auch nur im Scherz die Wahrheit zu sagen, und suchen sich die Gunst derselben und ein möglichst hohes Trinkgeld durch Beschmutzung der eigenen Klasse und des eigenen Nestes zu ergattern.

Nun, daß die bürgerliche Gesellschaft solche Sumpfpflanzen hervorbringt, das ist nichts Verwunderliches — neben dem revolutionären Proletariat hat sie ja auch das Lumpenproletariat erzeugt, in welchem ihre ganze Korruption und Riechextrakt wie in einem eiternden Geschwür zum Ausdruck kommt. Aber daß die Bourgeoisie sich derartige Volk hält, um sich gegen die Sozialdemokratie zu schützen, das zeigt, wie vollständig sie mit Scham und Ehre gebrochen hat, und wie sie nur durch die niedrigsten Kunstgriffe ihr Dasein zu fristen vermag. Und das ist die Dickschädeligkeit dieser sonst widerwärtigen Erscheinung.

Was das niedriger gehängte Nachwerk selbst betrifft, so ist es dem Genossen Hoch natürlich nicht eingefallen, das alberne Zeug zu sprechen, welche ihm in den Mund gelegt ist. Die famose Theorie, daß man in Sorgen leben müsse, um scharf schreiben zu können, kann nur in einem von Wissen und Erfahrung gänzlich unabhängigen Hirn entstanden sein. Neu ist sie beiläufig nicht — sie hat schon in jenem preussischen Junker, der durchaus eine verhungerte Lehrermittwe sehen wollte, einen klassischen Vertreter gehabt.

Beiläufig sei bemerkt, daß der Antrag, der Parteitag möge das Gehalt des „Vorwärts“-Redakteurs festsetzen, von Vorstandsmitgliedern auf Veranlassung Liebknecht's gestellt worden ist. Er fand aber nicht die nötige Unterstützung, was das Urteil des Parteitages in dieser Frage deutlich erkennen ließ.

Für die Reichstags-**Erstwahl** in Stuhm-Marienwerder ist die Stichwahl auf den 15. Dezember festgesetzt worden.

Oesterreichische Ministerkrise. Wenn jedes Land eine Ministerkrise hat, darf Oesterreich allein nicht zurückbleiben. Nachdem neulich erst das ungarische Ministerium eine Entgleisung erlitten hat, ist nun auch das oesterreichische, vertreten durch Herrn Taaffe in Person, über einen Stein des Anstoßes gestolpert, und zwar einen recht häßlichen und auch unsauberen — nämlich den ge-

heimen Dispositionsfonds, d. h. den Fonds, aus welchem die Prekäre, die Spiegel und sonstigen Handlanger für schmutzige Arbeiten, die das Tageslicht scheuen, bezahlt werden. Trotzdem Herr Taaffe sich höchst eigenmündig aufs wärmste für die Bewilligung dieses Fonds ins Zeug legte, verwarf ihn der oesterreichische Reichsrath mit 167 gegen 146 Stimmen. Ob Herr Taaffe nun zurücktreten wird? Oder gelten in Oesterreich die parlamentarischen Sitten des Deutschen Reichs, dessen Leiter für parlamentarische Niederlagen kein Verständniß haben — was man „feste Regierung“ nennt.

Patriotisches Pharisäerthum. „O diese unmoralischen Franzosen! Der Panama-Scandal — welcher Schmutz! So etwas hätte bei uns nicht vorkommen können!“ Ei! Ei! Ist das Gedächtniß so kurz? Hat Bruder Pharisäer die Schienensliderie vergessen? Freilich — die Schienensliderie ist hübsch moralisch verurtheilt worden, wogegen die unmoralischen Franzosen die Giftblase des Panama-Scandals aufgestochen haben, den Eiter ausdrücken, und mit den Schuldigen ins Gericht gehen. Das ist allerdings ein Unterschied.

Frankreich. Alle Versuche, ein neues Ministerium zu Stande zu bringen, sind bis jetzt gescheitert. Und je größer die Verlegenheiten der Regierung sind, desto mehr schiebt sich die unheimliche Gestalt des Herrn Constans in den Vordergrund. Die letzte Dynamit-Explosion wird bekanntlich gleich den früheren Navaholiaden, von eingeweihten Politikern, nicht bloß von Sozialdemokraten, sondern auch von radikalen Bourgeois und selbst von Konservativen als das Werk der geheimen Polizei des Herrn Constans betrachtet. Und jetzt erfahren wir aus sehr guter Quelle, daß er es ist, der (durch käufliche Antisemiten) den Panama-Scandal in Szene gesetzt, und das Zustandekommen des Ministeriums Briffon verhindert habe. Er hält sich bereit für das eintägliche Geschäft der Staats- und Gesellschaftsrettung.

Die Untersuchungskommission kommt mit ihren Arbeiten nur ganz langsam vorwärts. Jeder Tag bringt neue Enthüllungen, und jede Enthüllung führt zu weiteren Enthüllungen. Jetzt wird auch ein Sohn des Präsidenten Carnot in den Scandal hineingezogen.

Man schreibt uns aus Paris über den Panama-Scandal: „Keine Dynamitbombe hätte je so einschlagen können, wie diese Geschichte. Das ist doch wirkliche Propaganda der That“ und ganz anders wirkende, als die der Herren Anarchisten. Jeder Politiker steht unter dem Verdacht, der angesehenste ebenso gut wie der mittelmäßigste. Bis jetzt scheinen die opportunistischen und radikalen Bourgeoisrepublikaner am meisten von solchen Gerüchten betroffen; bis in die höchsten republikanischen Kreise hinein giebt es Leute, von denen Korruptionsgeschichten erzählt werden. Ricard, der Justizminister, hat gegen den Willen seiner Kollegen die Verfolgungen eingeleitet; er wollte den unbegreiflichen Arm der Gerechtigkeit spielen und ist nun selbst niedergedonnert von den Anklagen, die herabregnen auf die Politiker der republikanischen Partei. Charles de Besselys soll nämlich als Gegenzug sein Portefeuille geöffnet, und der Sibire Parole und dem Deputierten Delahaye die Mittel geliefert haben zu einer Diversion, vermittelst der Anklagen gegen die Deputierten und die Presse. Ricard, ein mittelmäßiger Kopf ohne Konsequenz oder Energie, hat dann sofort verjuckt, das Geschehene ungeschehen zu machen; heute will er ja, morgen nein; diese Widersprüche haben das Ministerium gestürzt. Die Auflösung der Kammer wird schließlich das einzige Auskunftsmitel bleiben; kommt sie jetzt gleich, so könnten die Opportunisten und Radikalen der Majorität ohne allzu großen Schaden davon kommen; schleppt sie sich aber noch zwei bis drei Monate hin, so daß der Scandal ausbreiten und unter allen Massen der Bevölkerung bekannt werden und wirken kann, dann werden die Sozialisten davon reichlichen Gewinn haben. Glücklicherweise haben alle jetzt regierungsfähigen Leute den Kopf verloren und sind unfähig zu handeln. Natürlich sucht auch Herr Constans von den Ereignissen zu profitieren, denunziert aus sicherem Versteck und wartet den Moment ab, wo er wieder auf die Bühne treten kann.

Kether und Kerosot; der unbestimmbare, schwere Geruch eines Raumes, in dem ein Schwindsüchtiger haust. Langsam und schwerfällig reichte ihm Forrester die Hand. „Da bist Du ja,“ sagte er, „Du kommst mich sterben sehen. Ich danke Dir.“ Duroy zwang sich zu lächeln. „Dich sterben sehen! Das wäre kein vergnügendes Schauspiel, und ich hätte mir wohl eine andere Gelegenheit ausgesucht, um Cannes einmal kennen zu lernen. Nein, ich wollte Dich nur begrüßen und mich hier ein bisschen erholen.“ „Sch! Dich,“ flüsterte der Kranke und senkte das Haupt, als drückten ihn schwere Gedanken nieder. Er athmete hastig und leuchtend, und zuweilen entrang sich ihm ein Seufzer, als wollte er seine Umgebung erinnern, wie krank er wäre.

Als seine Frau sein trübes Schweigen bemerkte, trat sie ans Fenster und wies mit einer Kopfbewegung auf den Horizont: „Sieh nur, wie schön!“ Vor ihnen breitete sich der mit Willen wie besäte Abhang bis zur Stadt hinunter aus, die im Halbkreis um das Gebäude gebettet lag, mit dem Kopf nach rechts bis zum Palendamm hin, den die Altstadt mit ihrer verwitterten Mauer beherrschte, und mit den Felsen nach links bis zur Sandspitze de la Croisette, den Inseln von Serrins gegenüber. In dem blauen Meerwasser nahmen sich diese Inseln wie zwei grüne Flecke aus. Wie zwei gewaltige Blätter schwammen sie im Wasser, hätte man sagen können, so lebendig sahen sie von hier oben aus.

Und dort auf jener Seite des Golfes verließ eine lange Reihe ferner, bläulicher Bergklippen dem über Hofen dann und Worte hinwegweisenden Auge die Aussicht, die mit ihren abgerundeten oder zerrissenen und spizen Gipfeln eine schöne, milde Linie am flammenden Himmel zogen, und in einer hohen, pyramidenartigen Berge endeten, der seinen Fuß ins Meer tauchte.

Frau Forrester deutete auf ihn: „Der Estherel!“ Der Mann hinter den dunkeln Gipfeln war roth, er glänzte in einem blutigen, strahlenden Roth, das das Auge blendete. Das majestätische Bild des Sonnenunterganges ließ selbst Duroy nicht unempfindlich.

„Oh, oh, großartig!“ flüsterte er. Er fand keinen besseren, malenderen Ausdruck für seine Bewunderung. Forrester wendete den Kopf nach seiner Frau und bat: „Daß mich ein bisschen frische Luft schössen.“ „Nimm Dich lieber in Acht,“ erwiderte sie, „es ist schon spät, die Sonne geht unter, und Du kannst Dich noch erkälten. Du weißt, wie leicht es Dir bei Deinem Zustande schaden kann.“

Er ballte die Rechte, schwach und stierhaft, wie zum Versuch, ihr einen Faustschlag zu verzeihen und flüsterte mit zornverzerrtem Gesicht: „Soll ich hier erstickt? Was geht's Dich an, ob ich einen Tag früher oder später sterbe. Verloren bin ich so wie so...“ Die zornige Geberde des Sterbenden zeigte erst recht, wie schmal seine Lippen, wie mager seine Wangen waren. Alle Knochen traten hervor. Sie riß das Fenster weit auf.

Die kitzelnde Luft umschmeichelte sie alle drei. Sie war so lind, so sanft und friedlich die Frühlingluft; schon währte sie der berauschende Duft der Kräuter und Pflanzen, die dort an der Küste so zeitig blühen. Es roch nach Taunen und dem scharfen Duft des Eufolopins. Forrester athmete sie hastig und stierhaft ein. Seine Nügel krallten sich in die Kissen seines Lehnhuhles, und er sagte mit tiefer, vor Wuth zischender Stimme: „Mach's Fenster zu. Ich kann's nicht aushalten. Wieder will ich im Käfig krepieren.“ Langsam schloß sie das Fenster. Dann drückte sie die Stirn an die Scheibe und blickte in die Ferne. Duroy war sehr unbehaglich zu Muthe. Er hätte gern mit dem Kranken plaudern mögen, um ihn zu beruhigen. Aber es fiel ihm nichts Tröstliches ein. „Es geht Dir wohl nicht besser, seit Du hier bist?“ stotterte er. In heftiger Ungebuld suchte Forrester die Achsel: „Du siehst es ja.“ Von neuem ließ er den Kopf hängen. „Tabei ist es hier doch famos im Vergleich zu Paris“, fuhr Duroy fort. „Da unten herrscht noch voller Winter. Es schneit und graupelt und regnet, und um vier Uhr muß man schon die Lampen anzünden, so dunkel ist es.“ „Wie geht's in der Redaktion?“ fragte Forrester.

Ein schönes Beispiel. Der sozialistische Gemeinderath von Roubaix hat das städtische Kulturbudget abgeschafft.

In Belgien wieder eine Dynamit-Explosion — und zwar auf den Ecodill-Musterwerken in Seraing. Menschenleben sind nicht zu Grunde gegangen. Der Thäter — ein Arbeiter namens Paquay — ist gefangen — er ist kein Anarchist und habe aus persönlicher Rachsucht gehandelt. Oder ist er etwa ein Freund des biederen Bourgeois-Regierungspöfels a. D. — oder auch noch i. D.?

Das englische Parlament wird erst am 31. Januar des nächsten Jahres zusammentreten. Herr Gladstone braucht viel Zeit, um seinen Regierungsplan auszuarbeiten. Die Bill zur Lösung der irischen Home Rule Frage ist nicht fertig — die jüngst von einem amerikanischen Blatt veröffentlichte und von vielen deutschen Zeitungen ergriffenem Skizze der angeblichen Bestimmungen war natürlich ein journalistisches Phantasiegebilde, wie es nur der Kopf eines mit den Verhältnissen gänzlich unvertrauten Reporters entstehen konnte. Die Hauptschwierigkeiten der neuen Regierung liegen aber nicht in Irland, sondern in England, wo die Arbeiterbewegung den Herrn Liberalen über den Kopf gewachsen ist. Die englischen Arbeiter lassen sich mit Vorfällen nicht mehr abspeisen. Dem manchesterlichen Harmonie-Evangelium ist kein Ort mehr hinter dem Ofen hervorzuloden.

Zum internationalen Gewerkschafts-Kongress. Die Ausführung des Beschlusses des Gewerkschafts-Kongresses zu Glasgow, halbmöglichst ein internationalen Gewerkschafts-Kongress einzuberufen, auf dem die Verwirklichung des Achtstundentages berathen werde, hat, wie wir bereits mittheilten, das Parliamentary Committee die erste Einladung zu einem solchen Kongress, der im Juni nächsten Jahres in London stattfinden soll. Die „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Föderation, befürwortet die zahlreiche Besetzung dieses Kongresses auch von seiten der ausländischen Gewerkschaften mit Hinweis auf die Bedeutung, die England für die kapitalistische Entwicklung habe, und mit Hinweis auf den Einfluß, welchen die englischen Gewerkschaften auf die Gesetzgebung ihres Landes ausüben. An diesem Kongress seien die englischen Gewerkschaften der deutschen Sozialdemokratie gleich; an Macht seien sie ihr überlegen.

Wir wollen uns auf eine Kritik dieser letzteren Behauptung nicht einlassen, besinnen die englischen Gewerkschaften jenen Einfluß auf die englische Gesetzgebung, den die „Justice“ ihnen zuschreibt, dann können sie der Unterstützung des Auslandes entbehren. Nun handelt es sich hier aber darum, daß die englischen Gewerkschaften einen eigenen Kongress der Gewerkschaften für eine bestimmte Frage einberufen, die durch den internationalen Kongress in Paris im Jahre 1889 zum Gemeingut der Arbeiter aller Länder, ohne Rücksicht auf die Organisation gemacht wurde, die seitdem der Brüsseler Kongress beschäftigte, in den verschiedenen Rundgehungen zum Ausdruck kam, und die der Züricher internationalen Kongress wieder beschäftigten wird. Der Beschluß des englischen Gewerkschafts-Kongresses ist überall im Ausland als ein Gegenzug gegen den Züricher Kongress ausgefaßt worden und nach unserer Meinung mit vollem Recht. Die „Justice“ meint freilich, daß jener englische Kongress eine Art Vorbereitung für den Züricher sein und veranlassen werde, daß die englischen Gewerkschaften sich erst recht in Zürich vertreten lassen. Allein diese Auffassung ist naiv, daß sie keine ernsthaften Widerlegung bedarf. Man kann den Arbeitern doch maßhaftig nicht zumutbar zwei internationale Kongresse, die sich, unmittelbar hintereinander, mit ein und derselben Frage beschäftigen, durch ihre Delegierten zu beschicken. Auch sind wir überzeugt, daß die englischen Gewerkschaften sein zu Hause bleiben, nach dem sie ihren Londoner Kongress abgehalten haben, mit der Motivierung, daß die Achtstundentage das Hauptinteresse für sie habe und sie nach den Verhandlungen des einen Kongresses befriedigt seien; der zweite könne doch nur wiederholen, was der erste betathen.

Es bleibt also dabei, daß der Beschluß des englischen Gewerkschafts-Kongresses mindestens ein großer Fehler war.

„Wie immer. An Deine Stelle ist der kleine Packer früher beim „Volkair“ war, gekommen; es ist aber nicht viel mit ihm los. Ja, es wird Zeit, daß Du zurückkommst.“

„Ich?“ sagte der Kranke stotternd. „Ich werde bald sechs Fuß unter der Erde die Zeitung redigieren.“

Diese fixe Idee schlug bei jeder Gelegenheit wie ein Glocke in ihm an; bei jedem Gedanken, bei jedem Wort kam sie unaufhörlich zum Vorschein. Eine lange Pause trat ein, schmerzliches tiefes Schweigen. Draußen erlosch allmählich das Abendroth, die Bergklippen färbten sich schwarz, der leuchtende Himmel verblühte. Harzig Dunkel drang ins Zimmer, die Dämmung kam, die Nacht, die den sterbenden Tag noch umfängt, und goß über Mauer und Tapete, in alle Stuhnwinkel ihre aus Parfüm und Tinte gemischten Schatten aus. In dem weichen Kammspiegelte sich noch der röthliche Himmelsjaun, daß er wie eine Blutlache ausfaß.

Frau Forrester rührte sich nicht. Noch immer stand sie mit dem Rücken zum Zimmer, das Gesicht an die Scheibe gepreßt.

Mit abgedrohtener erstickter Stimme, die herzerweichend anzuhören war, sprach Forrester: „Wie oft werde ich die Sonne noch so untergehen sehen? ... Nächstmal ... geh mal ... fünfzehn oder zwanzig Mal ... höchstens wird leicht dreißig Mal ... Ihr habt Zeit ... aber ich ... ich bin fertig ... Und die Sonne wird untergehen ... nach wie vor ... auch wenn ich nicht mehr bin.“ Einige Minuten lang schwieg er, dann fuhr er fort: „Was ich sehr, erinnert mich daran, daß ich es in einigen Tagen nicht mehr sehen werde ... Ach, es ist fürdlich ... Nichts, nichts werde ich mehr sehen ... nichts von den Kleinigkeiten des täglichen Gebrauchs ... die Gläser ... die Schüsseln ... die Betten, worin man so weich ruht ... die Wagen ... Wie schön ist es am Meer im Wagen spazieren zu fahren ... Wie liebe ich all das.“

(Fortsetzung folgt.)

daß er einen bedauerlichen Mangel an internationalem Solidaritätsgefühl erkennen läßt, und daß er ein separatisches Vorgehen bedeutet, auf das die Arbeiter der übrigen Länder die verdiente Antwort geben, indem sie es unterlassen, Vertreter zum Kongress nach London zu senden.

Die englischen Stahlwerke haben den Arbeitern eine Lohnreduktion von 10 pCt. angekündigt. Für den Fall der Nichtannahme wird mit Schließung der Werke nach einer Frist von 10 Tagen gedroht. Das ist die „geordnete Welt“ des Kapitalismus.

Ein leuchtender Stern am Himmel des Kapitalismus ist untergegangen. Der Amerikaner Jay Gould hat sich zu seinen Vätern versammelt und die Kleinigkeit von ungefähr 1 1/2 Milliarden gleich siebenzehnhundertfünfzig Millionen Mark hinterlassen. Der Mann ist leider nur 56 Jahre alt geworden. Bei seinem Tode hätte er es dahin bringen können, eines schönen Tages auf die Posten-tafel Kopf zu setzen: was kostet die Welt.

Gegen Amerika sind wir in Europa und speziell in Deutschland die reinen Stümper, wie folgende kleine Liste der amerikanischen Milliarden beweist.

- Jay Gould: Siebenhundertundfünfzig Millionen.
- Vanderbilt: Zweihundert Millionen.
- Maday: Neunhundert Millionen.
- J. B. Jones: Fünfhundert Millionen.
- J. G. Bennett: Zweihundert Millionen.
- John J. Aken: Hundertundsechzig Millionen.
- W. Stewart: Hundertundsechzig Millionen.

Es ist doch geradezu stupend; diese Riesenvermögen, die nur an Jinsen allein wieder kolossale Summen verschlingen, in den Händen einiger Personen, während die von ihrem Gelde ausgeraubte Masse in Noth und Elend verkommt! In Deutschland haben wir die Gruld's, Vanderbilts, Madays u. s. w. nur in Taschentuch, und unsere Kapitalstierchen die Reichschilds, Reichsbergs, Stumms, Krupps und Baars verbleiben vor dem Glanze der amerikanischen Finanzgiganten.

Und noch einen Vorzug haben die amerikanischen Kapitalauffammer, es sind alles echte Arier und Christen. In den Adern der amerikanischen Milliarden rinnt kein Tropfen semitischer Blutes; das ist betrüblich aber wahr, und wir bedauern Herrn Althardt, der vor der schweren Aufgabe steht, das christliche Kapital der Gould und Genossen von dem Vorwurf zu reinigen, daß es die gleichen verwerflichen Wirkungen im Gefolge hat, wie das Kapital der Beschnittenen.

Darfeinrichtungen.

An die Vertrauenspersonen der Sozialdemokratischen Partei.

Genossen! Wegen fortgesetzter Saalabtreiber sind wir genöthigt, über das Bier der Aktienbrauerei Neustadt, Magdeburg, sowie über das Bier der Klosterbrauerei Badmersleben den Boykott zu verhängen. Namentlich die erwähnte Brauerei verfertigt ihr Produkt nach allen Theilen Deutschlands. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, und unsere Genossen allerwärts werden auf den Brauh eines Bieres verzichten, dessen Hersteller unserer Parteigenossen ihre Sozialitäten in Versammlungen verweigern. Mit sozialdemokratischem Gruß die Lokalkommission.

ges. Albert Vater, Kapuzinerstraße 18, Magdeburg-Budau, 5. Dezember 1892.

Gegen die Militärvorlage sind weitere Protestversammlungen abgehalten worden in Münden, Landwehagen und Lattenberge (sämmlich im Wahlkreis Münden; Referent G. Garbe-Kassel), Spring (Referent Rüdiger, Dortmund), Eyendorf (S. Referent Reichs-Abgeordneter Albert Schmidt-Burgstädt), Lichtenfels (Referent Rosenow-Cheumnitz), Breitenbrunn (Referent Hermann Albert-Cheumnitz).

Eine Volksversammlung in Broitzem (Graubüschel), in welcher man die Militärvorlage besprechen wollte, wurde von der Behörde nicht genehmigt, da sie in Ermangelung eines Saales im Freien abgehalten werden sollte.

Ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Berliner Parteitag's erklärte eine öffentliche Parteiversammlung in Frankfurt a. M. In derselben erstattete der Vertrauensmann der Wahlkreis Frankfurt a. M., Genosse G. Rier, Bericht über seine Thätigkeit im verfloßenen Jahre. Derselbe wurde als Vertrauensmann (Adresse: Volksstimme, Frankfurt am Main) wiedergewählt. Die Wahl eines stellvertretenden Vertrauensmannes fiel auf Genossen Westphal. Ferner beschloß man die Revisionskommission weiter bestehen zu lassen, welche den Vertrauensmann von Zeit zu Zeit zu kontrollieren hat. Weitere Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Berliner Parteitag's liegen vor von den Parteigenossen in Gersau (Sachsen).

Gemeindevahlen. In Simbach i. S. siegte bei einer Theilnahme von 537 Wählern — 80 Prozent der Wahlberechtigten, die Liste der vereinigten „Ordnungs“partei mit durchgänglich 449 Stimmen pro Kandidaten, während auf die Kandidaten der Sozialdemokratie durchschnittlich 370 Stimmen entfielen. Bei der vorigen Wahl erhielten wir 230 Stimmen.

In Pleiße i. S. siegte die Liste des Arbeiter-Wahlvereins. Die „Ordnungs“brüder unterlagen vollständig.

Der Liberalismus hat bekanntlich in Kiel durch Erhöhung des Jersfs 2000 Wähler des Wahlrechts beraubt. Gemüht war dieser Streich auf die Sozialdemokratie. Es ist dadurch aber auch ein erheblicher Theil der Freisinnigen des Wahlrechts verlustig gegangen, so daß der Liberalismus jetzt erstlich mit den Konservativen zu rechnen hat. Diese brachten bei der im November stattgehabten Stadtverordnetenwahl auf ihre Kandidaten 701 Stimmen zusammen, der Liberalismus erhielt nur 75 Stimmen mehr, erlangt also knapp den Sieg. Unsere Partei bekam an 100 Stimmen. Die Hoffnung des Liberalismus, daß er jetzt ungehindert herrschen könne, ist also gründlich getauscht worden.

Bei der Ergänzungswahl des Gemeinderaths der Landgemeinde Gutlin siegte, wie die „Norddeutsche Volkszeitung“ berichtet, sämtliche Kandidaten unserer Partei; unter ihnen befanden sich auch zwei Grundbesitzer. Ueber die Gemeinderathswahl, die in den 19 Gemeinden des Fürstenthums Lübeck, wozu Gutlin gehört, aller 2 Jahre im November stattfindet, berichtet noch die „Nordwacht“: In der Stadt Gutlin und den beiden Flecken Ahrensdorf und Schwartau müssen mindestens die Hälfte der zu Wählenden 13 M. Staatssteuer zahlen. In den Landgemeinden müssen 1/3 des Gemeinderaths einen Landbesitz von 5 Hektar haben. „Der Geld hat und Land — der hat Verstand.“ Die Arbeiter haben in Schwartau, Groß-Parin, Gutlin, Stoddeisdorf und auch in Fissau mit eigenen Listen an der Wahl theilgenommen. In Schwartau unterlagen wir mit nur 8 Stimmen, 51 zu 46. In Groß-Parin theilnahmen sich die Arbeiter lebhaft, jedoch ohne durch-

zubringen. Es wurden 174 Stimmen abgegeben, wovon die Gewählten 92 erhielten. Wie wir hören, soll von den dortigen Genossen gegen die Wahl Protest erhoben sein, weil 10 Personen noch kurz vor der Wahlhandlung eingetragen worden sein sollen. In Gutlin haben von 670 Stimmberechtigten 290 ihr Recht ausgeübt. 4 Parteien hatten dort ihre Listen aufgestellt, die 19 Namen enthielten. 4 Ausschüsse wurden wiedergewählt und 2 neue. Die Zerplitterung war groß. Die Liste unserer Genossen erhielt 88 Stimmen, gewiß für das erste Mal kein schlechtes Resultat. Infolge der Bekämpfung der Gemeinde-Ordnung, daß der Wahlberechtigte 3 Jahre in der Gemeinde wohnen muß, durften in Gutlin folgende Herren nicht wählen: der Regierungsrath, der Hofmeister, der Oberleutnant, der Gutsbesitzer, der Postdirektor und sogar der Herr Bürgermeister. In Stoddeisdorf enthielt (wie schon mitgetheilt, Red. d. „V.“) die Liste der wahlberechtigten Grundbesitzer 76, die der wahlberechtigten Nichtbesitzer 378 Personen. Die Theilnahme war eine sehr rege. Es wurden 389 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Arbeiterkandidaten 152 Stimmen, auf die Liste der Grundbesitzer nur 87 Stimmen. Von Neujahr ab sind wir nun durch 4 Genossen im Gemeinderath vertreten. In Fissau haben unsere Genossen zwei Kandidaten durchgebracht. Die „Nordwacht“ hoffte, daß sich auch die Genossen in den übrigen Gemeinden selbstständig an der Wahl betheiligen.

In Schönau (Sachsen) wurde in der Klasse der Unausgewählten bei einer Theilnahme von 171 Wählern der Kandidat unserer Partei mit 141 Stimmen in den Gemeinderath gewählt. Charakteristisch für die Agitation der „Ordnungs“partei ist, daß sie zur Verbreitung ihrer Flugblätter und Stimmzettel schulschlichte Kinder verwendete.

In Stolberg (Sachsen) siegte die ganze Liste der von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Glauchau erhielten unsere Kandidaten 134—150, die Kandidaten der Liberalen ca. 600, die des Hausbesitzervereins ca. 350 Stimmen.

Von der Agitation. Die Parteigenossen in Neumünster vertheilten kürzlich viele Exemplare der Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ in einer Menge Dörfern jener Gegend. — Den Wolgaster Genossen stellt die Neupommersche Post für ihre koste Agitation folgendes amüsante Zeugniß aus: „Am vorigen Sonntag haben sich einige Wolgaster Sozialdemokraten auf den sogenannten „Bauern- und Arbeitertag“ in das benachbarte Dorf Kapow begeben. Während die Vermoher zum guten Theil in der Kirche zum Abendgottesdienst versammelt waren, benutzten die „Genossen“ die hereinbrechende Dunkelheit, um ein zur Verhöhnung (der Bruchheerter) was hier wahrheitsliebender als der Verfasser der Notiz, welcher „Verhöhnung“ geschrieben hatte, der Landbevölkerung bestimmtes, von den bekannten Verdrehungen und Entstellungen freies sozialdemokratisches Flugblatt in die Häuser zu tragen und vielfach heimlich auf dem Hausflur niederzulegen. Wie die Stimmung im Dorfe ist, war letztere Botschaft auch wohl am Platze. Wären die unternehmungslustigen Dorsten offener mit ihrem Besuchswort hervorgetreten, so hätten sie an manchen Stellen übel heimgeleuchtet worden sein.“ Die Hoffnung ist natürlich sehr problematisch, denn auch in den Dörfern Vorposten beginnt es an allen Ecken und Enden zu tagen.

Sozialdemokratische Presse. Die Kieler Parteigenossen beantragen auf dem am 11. Dezember dort stattfindenden Provinzial-Parteitag, an Stelle der jetzt in Ottenen dreimal wöchentlich erscheinenden „Norddeutschen Volkszeitung“ ein täglich erscheinendes Provinzialorgan zu schaffen, dessen Ausgabeort Kiel ist. Die hierzu erforderlichen Mittel sollen die in Frage kommenden beiden Provinzen gemeinschaftlich tragen. — Am 1. Dezember begann die in Mülhausen erscheinende „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ das dritte Jahr ihres Bestehens. Als die von Jüritz und Polzei vielverfolgte Zeitung am 1. Dezember 1890 ins Leben trat, da waren — schreibt sie — in Mülhausen, Colmar und Straßburg wohl tausende von Wählerstimmen auf die Namen der Arbeiterkandidaten abgegeben worden; aber diese Stimmen waren nicht das Produkt unbewusster Erkenntnis, sie waren nichts als die erste Lebensandebung eines unbestimmten Kl. entusiasmus. Das hat sich jetzt geändert. Wer heute im Elsas mit uns marschirt, der thut es in voller Erkenntnis der Dinge und der Anforderungen, welche sie an jeden Einzelnen stellen. Speziell für Mülhausen haben die Gemeinderathswahlen vom vorigen Jahre bewiesen, daß ein fester Stamm von Parteigenossen vorhanden ist. Davon ausgehend, dürfen wir ruhig und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Das Meer, das unserr Fahne folgt, weicht sich ständig. Das elssassische Volk beginnt zu merken, wo es der Schuh drückt: um jirta anderthalbtausend hat sich allein im laufenden Jahre die Zahl der Abonnenten des genannten Blattes vermehrt. Das bedeutet eine glänzende Zunahme der Leserschaft, zumal für ein Blatt mit scharfer politischer Richtung in einem Lande, wo bei dessen Erscheinen die Partei erst zu schaffen war. In die weltverlorenen Winkel Elsas-Lothringens wird jetzt der sozialistische Erlösungsgedanke durch unser Organ getragen und überall findet er Verständniß und regsamste Wirken.

Partei Finanzen. Der Vertrauensmann für Kiel vereinbarte im abgelaufenen Verwaltungsjahre incl. eines vorjährigen Bestandes von 1467,99 M. insgesamt 2429,41 M. Die Ausgaben betragen für Agitation 1461,05 M., für Gerichtskosten 81,06 M., für Delegation 65 M. und sonstige Ausgaben 170,28 M., in Summa 1777,39 M. Danach bleibt Kassenbestand 652,02 M. — Der Vertrauensmann für Frankfurt a. M. hatte in der Zeit vom 1. Dezember vorigen Jahres bis 1. Dezember 1892 an Einnahmen zu verzeichnen 3404,85 M., die Ausgaben beliefen sich, einschließlich 3464 M., die für die Presse erforderlich waren, auf insgesamt 5252,82 M.

Die sächsischen Amtsblätter erhalten, wie der „Wähler“ berichtet, vom Eisenbahn-Betriebsamt regelmäßig die neuen Fahrpläne unentgeltlich geliefert, damit sie diese ihrem Blatte beilegen können. Es ist das eine von den vielen Begünstigungen, deren sich unsere Amtsblätter erfreuen und die allein es ihnen ermöglichen, ihr vollständiges Dasein zu fristen. Die sozialdemokratische „Burgstädter Volksstimme“ hatte sich an das Eisenbahn-Betriebsamt gewendet mit der Bitte, ihr ebenfalls Fahrpläne zu überlassen. Sie war aber abgewiesen worden, weil für sie kein Bedürfnis vorläge und auch die Amtsblätter in erster Linie berücksichtigt werden müßten, eine Erhöhung der Auflage auch nicht angebracht sei. Jetzt wird mitgetheilt, daß das in Burgen erscheinende Amtsblatt 1000 Exemplare des Fahrplanes als Material verkauft hat. Es hat also viel mehr erhalten, als es bräufte.

Aus Neu-York wird uns unterm 21. November geschrieben: William hat während der Wahlbewegung seine Verwunderung darüber geäußert, daß die sogenannte Arbeiterpartei gegen die „Volkspartei“ Stellung genommen; er fand dies insofern, da sich doch auch in der erleren Partei Kleinbürger, Kleinrentner und sonstige nicht zur Arbeiterklasse gehörende Leute befanden. Man sieht, daß William trotz seiner sonstigen Erkenntnis noch vollständig das Verhältniß für das Wesen der sozialdemokratischen Partei fehlt!

Der gegnerischen Presse sind im Kampf gegen die Sozialdemokratie auch die abernsten Mittel gerade recht. So bringt sie jetzt eine Notiz, nach welcher über die Persönlichkeit eines im Gefängniß zu Ewerdinkel in seiner Zelle verbrannten Gefangenen verurteilt wurde, daß er ein sozialdemokratischer Agitator gewesen sei, weil er sich in einer Wirthschaft in groben Schmähungen gegen Gott und Religion ergangen und den Bauern

ihre mißliche Lage darzulegen versucht habe. Andererseits wird in derselben Notiz gesagt, daß der Fremde, der wegen Abzweigen eines Revolvers auf offener Straße verhaftet wurde, sich im Nachhinein Wohlbehagen als Premierlieutenant der Marine-Reserve, namens Dahl, ausgegeben habe. — Bekanntlich sind Gottes- und Religions Schmähungen nicht weniger als ein Beweis der Zugehörigkeit zu unserer Partei.

Der Moniteur der Berliner „Unabhängigen“ schrieb neulich über die Versammlungen, welche die Sozialdemokratie gegen die Militärvorlage abhält: „Der proletarische Standpunkt ist der: Der Militarismus ist der Ruin der jetzigen Nation, je mehr ihm geopfert wird, desto eher gehen die Staaten ihrem wirtschaftlichen Untergange entgegen. Dieser Untergang ist gleichbedeutend mit dem Untergange der heutigen altgewordenen Gesellschaftsordnung, deren Erbe das ewig junge Proletariat antreten wird. Warum also so viel Aufhebens um die Militärvorlage, warum so viele Resolutionen? Der Arbeiter, der sich um die Kriegsaufgaben aufregt, ist entweder ein Kleinbürgerlicher oder — gar kein Denker.“ — Mit dem gleichen Recht, bemerkt der „Braunschweiger Volksfreund“ spöttisch zu diesem Pröbchen „unabhängiger“ Weisheit, brauchen wir uns dann auch über den Kapitalismus nicht aufzuhalten. Auch er ist der Ruin der jetzigen Nationen, und wir freuen uns, wenn der Kapitalismus das Volk vollends ganz degeneriert. Wozu sich also über den Kapitalismus aufregen? Wozu ihn bekämpfen? — Die Unabhängigen würden konsequenterweise ihre ganze Agitation besser an den Nagel hängen und die Zukunft ganz allein dem Militarismus und Kapitalismus vereint überlassen.“

Todtenliste der Partei. Gestorben in Nürnberg der Schneider J. Benker.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

Gegen die Redaktion der Magdeburger „Volksstimme“ ist wegen der über den dortigen Boykott veröffentlichten Artikel Strafverfolgung auf Grund des Unfugparagrafen eingeleitet. Dem verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“, dem Genossen M. Beer, ist überdies vom Polizeipräsidenten eröffnet worden, daß er, wenn er weiterhin durch Boykott-Artikel die öffentliche Meinung beunruhige, als Ausländer seine Ausweisung zu gewärtigen habe.

Der Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, Genosse Hildebrand in Stuttgart, wurde wegen Beleidigung des Hauptmanns Brand und des Oberstabsarztes Wegelin zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Welcher unsauberen Mittel sich die Gegner unter gegen Angehörige unserer Partei bedienen, um ihnen Verlegenheiten zu bereiten, erhält drastisch aus einer Notiz des „Stettiner Volksboten“. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai brannten eine Scheune des Gutes Friedrichshof und bald darauf eine Scheune des Gutes Eberberg, beide dem Kommerzienrath Quistorp gehörend, nieder. Im „Stettiner Tageblatt“ erschien darauf ein Artikel, in welchem zunächst an die Anarchisten erinnert und dann ziemlich unverblümt gesagt worden war, die Sozialdemokraten hätten die Scheunen in Brand gesetzt; Genosse Herbert sei auch bei der Brandthat gesehen worden. Dadurch war indirekt gesagt, daß Herbert mit zu den Brandstiftern gehöre. Er sandte sofort eine Berichtigung an das „Tageblatt“, daß er in jener Nacht überhaupt nicht ausgegangen sei, wie er durch Zeugen beweisen könne. Die Redaktion des „Tagebl.“ machte aber einen Zufuß, der den schwer beleidigten Vorwurf der Brandstiftung wiederholte. Es komme weniger, so hieß es, auf die Erklärung Herbert's an, als darauf, was ihm vom Gericht bewiesen werde; er werde nach volle Gelegenheit erhalten, sein Mißi nachzuweisen. Herbert frengte Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tagebl.“ an. Das Gericht fand nur in der zweiten Notiz eine Beleidigung. Es verurtheilte den Redakteur zu 30 M. Geldstrafe event. 3 Tagen Haft und sprach dem Beleidigten die Befugniß zu, den entscheidenden Theil des Urtheils im lokalen Theil des „Stettiner Tagebl.“ zu veröffentlichen.

Frau Marie Kunert, die Wittin des Abgeordneten Fritz Kunert, ist nach einer Meldung der „Volks-Zeitung“ vom Köpenicker Untersuchungsrichter wegen der Herausgabe der „Sozialen Weckrufe“ verurtheilt worden. Sie soll durch die Herausgabe dieser Gedichtsammlung zum Klassenhaß und zu Gewaltthatigkeiten angereizt haben.

Das Landgericht zu Saarbücken verurtheilte den Genossen Duller aus Zingert wegen Beleidigung des Landraths und eines Bürgermeisters zu 50 M. Geld- bzw. 10 Tagen Gefängnißstrafe.

Der Redakteur der früheren „West. Freien Presse“, jetzigen „Münch.-Westf. Arb.-Ztg.“, Dr. Diederich, sollte den Polizeigeranten Gläzler in Anna beleidigt haben; das Dortmund Landgericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Der betreffende Notiz lag folgender Vorfall zu Grunde. Einige Vergleuts waren auf der Heimkehr vom Knappensfest Nachts in der vierten Stunde auf dem Marktplatz stehen geblieben, weil einer derselben seine Uhr nach der Stadthur richteten wollte. Sergeant Gläzler forderte die Gesellschaft zum Weitergehen auf, und als man nicht gleich gehorchte, verhaftete er den Bergmann, welcher seine Uhr richtete, und schlug dessen Vater — ein kleines Männchen — der das nicht dulden wollte, mit der Klinge über den Kopf, sodas eine ca. 5 Zentimeter lange Wunde entstand. An die Mittheilung dieses Vorfalls war die Bemerkung geknüpft, es wäre vielleicht von guter Wirkung, wenn der Sergeant fortgesetzt dahin scharf instruirt würde, seine Hülfe zu zögeln. In der Verhandlung meinte der „beleidigte“ Sergeant, daß er berechtigt sei, Leute, welche sich Morgens gegen 4 Uhr auf der Straße befinden, nach Hause zu kommandiren, um zu verdröhen, daß diese Personen späterhin etwa noch groben Unfug oder sonstige Aufreizungen begehen möchten. Das Urtheil des Gerichts wird ihn hoffentlich darüber belehrt haben, daß er dazu keinerlei Recht hat.

Am 30. November verließ der Parteigenosse Karl Richter aus Pfaffenbach (Sachsen) das Gefängniß, nachdem er darinnen wegen Majestätsbeleidigung ein Jahr hatte zubringen müssen.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Arbeiter Berlin! Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß die Frist für die Eintragung in die Wählerlisten zur Gewerdegewerkschaft-Wahl am 11. Dezember ihr Ende erreicht hat; wer dann noch nicht in die Listen eingetragen ist, kann nicht an der Wahl theilnehmen. Ferner sei bemerkt, daß die Antragsformulare auf den bekannten Anmahmstellen (Turnhallen, Wahlbüreau) bescheinigt werden, wenn Ihr irgend eine Legitimation bei Euch habt. Ihr braucht also nicht mehr die Zeitige, den Arbeitgeber oder den Bezirksvorsteher zu belästigen, in jeder Turnhalle wird man die Bescheinigung vollziehen. Außerdem habt Ihr unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß, da der größte Theil unserer Genossen noch nicht in die Wählerlisten eingetragen ist, dieses so bald wie möglich geschieht. Der geschäftsführende Anführer der Berliner Streik-Kontrollkommission, J. A. J. Faber.

Achtung! Mitglieber des Frauen-Bildungsvereins für Berlin und Umgegend. Der Vorstand giebt hierdurch bekannt, daß die für Mittwoch, den 7. d. M., geplante Versammlung ausfällt, da an diesem Tage die Protestversammlungen gegen die Militärvorlage stattfinden. Die Versammlung findet deshalb am Montag, den 12. d. M. in den Turnhallen, Kommandantenstr. 20, statt, und ist hierzu ein Vortrag der Frau Dr. Jabel in Aussicht gestellt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, 6. Dezember.
Spernhaus. Jubiläumsvorstellung.
Schauspielhaus. Die Quixoten.
Koffler-Theater. Die Orientreise.
Servus-Theater. Der Hüttenbesitzer.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo.
Großes Theater. Kuzmáker und Picard.
Henes-Theater. Logirbesuch.
Lesdény-Theater. Im Pavillon (Le Parfum).
Friedrich-Wilhelm-Büdi-Theater. Das verwunschene Schloß.
Schallianz-Theater. Die Waife aus Lwow.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Thomas-Theater. Das ledige Hof.
National-Theater. Ariel Acosta.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Gigolo.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Schröder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.

Jeden Abend jabelnder Beifall!
Die Trockenwäner,
oder „Das Kind in der Kommode“,
parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner.
Bendix in seiner Saison-Nummer:
**Man merkt's am Gang,
Da ist was mang!**
Auffretten sämtl. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
Sonntags 6 Uhr.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Gänge
zu Versammlungen und Vergnügungen,
sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sadtke.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Vokal-Ensemble, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
mit abwechslungsreichem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm.
Grosses Familien- und Kinderfest mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang Mittw. 4 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.
Entree für Kinder wie Erwachsene 1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadthof Alexanderplatz.
Vollständig neues Programm.
Soer's Leuth, Solon-Abtrotten.
Bernhard-Lexo, Barriere-Akrobaten.
Wij Ophelia mit ihren dreifürten Cacodn.
Clown Richards, Schnellzeichner und seinem Gänse-Firtus.
Clara Betoni, bildhübsche Soubrrette,
sowie Auffretten sämtlicher anderer Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.

Weiss- u. Bairisch-Bierhaus.

33369
Große Vereinszimmer bis 60 Pers. fassend, mehrere Tage in der Woche frei.
G. Tempol, Langestr. 65.
Vereinszimmer, Sinesstr. 23, 3111.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Platz,
Ecke Karlstraße.
Dienstag, den 6. Dezember,
Abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung
mit ausserwähltem Programm.
Auffretten sämtlicher Künstler-Spezialitäten. Außerdem Lucia (Pensyford), sowie Certain u. Patience, vorgef. vom Direktor Althoff. Schulpferd Herold, ger. von Wj Blanche.
Aufführung des Parforcestüdes:
Ein ungarisches Gijtosjeß
oder:
Eine Bauernhochzeit a. d. Panna,
Alles Nähere die Plakate.
Mittwoch Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, den 6. Dezember 1892:
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Vorstellung.
Aus dem reichhaltigen Programm besonders hervorzuheben: 8 arabische Schimmelhengste, in Freiheit dreifüßig und vorgef. von Herrn Oskar Renz.
Mr. James Phillis mit dem Schulpferd Markir. W. Leop. Renz und Mr. Arnaud, Reifanfänger ersten Ranges. Gebr. Martinetti, bedeutende Akrobaten der Gegenwart. Gebr. Leo, musikalische Clowns.
Zum Schluß: **Auf Helgoland.** Mit neuen Einlagen, u. A.: 1. Garde-Regiment zu Fuß, Aufzug der Leib-Garde-Artillerie. Ballet von 82 Damen.
Morgen, Mittwoch Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Progr. Auf Helgoland. Billet-Vorverkauf beim „Invalidentent“, Morlgrofenstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Adolph Ernst-Theater.

Vorletzte Woche.
Zum 91. Male:
Die wilde Madonna.
Gesangsposse in 3 Akten von L. Treplow
Couplets von G. Görs. Musik von G. Steffens.
Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung: **Modernes Babylon.**
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletz Heilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens.

Alexander-Platz-Theater.

Alexanderstr. 40.
Fernsprechamt III Nr. 1711.
Heute Abends 7 1/2 Uhr:

Berliner Gigerln.

Posse mit Gesang in 3 Akten und 4 Bildern von J. Wimmer, bearbeitet von H. Sybel.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Sensationell!
Prinzeß Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panoptikum.

Die bildschönen zusammengewähl. Zwillinge und das Riesenkind.
Jul. Henke's Bierhaus
38 Blumenstr. 38
empfiehlt seine großen Vereinszimmer, ca. 100 Personen fassend. 31111.

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei.

5 1/2 Pfund für 50 Pfennig
Liefert Wrangel-Strasse 3, Langestr. 26, Falkensteinstr. 23.

Pelzwaaren.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen
Stallschreiberstr. 50/51, v. 1. Et. Ecke Alexandrinenstr. 342h
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. G. P.

Oeffentl. Protest-Versammlungen

finden am
Mittwoch, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr
in allen Berliner Wahlkreisen statt.

- Für den 1. Kreis: „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.
Referent Reichstagsabg. **Schumacher-Solingen.**
- Für den 2. Kreis: „Berliner Bockbrauerei“, Tempelhof. Berg.
Referent Reichstagsabg. **Dreesbach-Mannheim.**
- Für den 2. Kreis: „Unions-Brauerei“, Hasenhaide Nr. 22-31.
Referent Reichstagsabg. **Schwartz-Lübeck.**
- Für den 3. Kreis: „Faussonci“, Rottbuser-Straße Nr. 4a.
Referent Reichstagsabg. **Frohme-Hamburg.**
- Für den 4. Kreis: „Königsbank“, Große Frankfurterstraße 117.
Referent Reichstagsabg. **Förster-Hamburg.**
- Für den 4. Kreis: „Böhm. Frankhaus“, Landsberger Allee 1113.
Referent Reichstagsabg. **Bruns-Bremen.**
- Für den 5. Kreis: „Brauerei Friedrichshain“ (früher Lips).
Referent Reichstagsabg. **Molkenbuhr-Hamburg.**
- Für den 6. Kreis: „Eiskeller“, Chaussee-Straße Nr. 88.
Referent Reichstagsabg. **Wurm-Hannover.**
- Für den 6. Kreis: „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit Nr. 48/49.
Referent Reichstagsabg. **Bock-Gotha.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die Militär-Vorlage. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwarten
Die Einberufer.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten für die große Theilnahme beim Begräbnis meiner Frau, sowie dem Gesangsverein „Krenzberg“ sage meinen besten Dank.
433b Der trauernde Witte.
Paul Langner, Roslstr. 22.

Allen denen, welche meinen unergötlichen Wahn zur letzten Ruhe beglücklicht haben, sage meinen herzlichsten Dank.
434b **Ww. Lottel.**

S. Neumann's Central-Bazar

- 1. Geschäft: **Andreasstraße Nr. 62,** zwischen Andreasplatz u. Langestr.
- 2. Geschäft: **Frankfurterstraße 90,** Ecke Marktstraße.

Gr. Weihnachts-Annovertauf

von Puppen, Puppenbälgen, Puppenköpfen, Spielwaaren, Kruz- und Galanteriewaaren, Küchen- und Wirtschaftsgegenständen.
Durch Vergrößerung meiner Geschäfte und Lager bin ich in der Lage, meinen Kunden diesmal sämtliche Waaren auch einzeln zum wirtlichen Engros-Preis liefern zu können und wird Jedermann etwas Passendes bei mir finden.
3393 L
Billigste Einkäufe für Wiederverkäufer und Verlosungen.
Große Auswahl in Weihnachts-Geschenken.

Christbaumkugeln.

reisende Neuheit, nur genießbare Waare.
1 Kiste Inhalt circa 480 Stück 2 M.
50 Pf., 1 Kiste Inhalt circa 270 gr. Stücke 3 M.
Berlin, Broek, Barnimstraße 4.

„Gedruckte in Anzeig“ Erlaub
Wollen bei auch bei jeder
„W. W.“ (W. W.)
(geläufige)
Das Sprechen
Schreiben, Lesen und Verstehen der engl. u. franz. Sprache (bei Fleiß u. Ausdauer) ohne Lehrerlicher zu erreichen durch die in 19 Auflagen bewährte, Original-Briefenach der Wirt. Louisa-L. Langenscheidt.
Preisbriefe 1 M.
Langenscheidt's V. B., Berlin SW 46, Ballhausstr. 17.
Wichtiges Prospekt durch Nachnahme nachzuholen, auch gratis, wenn man diese Briefenach mitteilt. Unterdruckt kostenlos, d. Erlaubnis als Lehrer des Engl. u. Französisch zu 1 bestanden.

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 11. Dezember, findet eine Vorstellung für die I. Abtheilung (rote Karten), am Sonntag, den 18. Dezember, eine Vorstellung für die II. Abtheilung (grüne Karten)

im „Kessing-Theater“

statt. Zur Aufführung gelangt an beiden Tagen:
Die arme Löwin,
Schauspiel in 5 Akten von Emile Augier.
Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Sauer, Wagen, der Herren Emanuel Reicher, Brandt und Sauer.
Mitglieder zur ersten Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.
Die Vorstellungen des Vereins werden von nun an Anfang jeden Monats in den Zahlstellen des Vereins, an jedem Sonnabend vor der Vorstellung auf dem Säulenplatz des Theaters, in dem die betreffende Vorstellung stattfindet, und am Vorstellungstage unter der Rubrik „Theater“ im „Vorwärts“ angekündigt werden.
362/13
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: Julius Zühl, SW., Solmsstr. 24.

Verband deutsch. Zimmerleute

(Lokalverband Berlin).
Donnerstag, den 8. Dezember d. J., Abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant Holz, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung, Korbmacher!

Am Dienstag, den 6. Dezember 1892, in den „Central-Gehälen“, Granienstr. 180:
Grosse öffentl. Versammlung aller Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der streikenden Angelkorb-Arbeiter. 2. Verschiedenes.
194/5
Der Streik-Komitee.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Biederkorn haben wir das Gewicht unserer
50-Pfg.-Brote um 250 Gramm,
75- " " " 375 "
100- " " " 500 "
erhöht, wovon wir unsere Genossen bitten, Kenntnis zu nehmen.
95/8
Der Vorstand: **Adolf Scholtz, Hugo Lazarus.**

Meyer's

Erklärung. Die Beleidigung gegen Herrn W. Scharf nehme ich hiermit zurück. (305b) **G. Wegener.**

Lokales.

Achtung. Sämtliche Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und Umgebung werden aufgefordert, dem Unterzeichneten baldmöglichst ihre Adressen einzusenden.

Achtung, Tabakarbeiter! Formulare zu den Gewerbe-gerichtsverfahren sind in den Kassenlokalen, sowie bei W. Börner, Mittelstr. 108, 2. Dechard, Kueplplatz 24, H. Herholz, Brunnens-straße 145, S. Prengel, Frankfurter Allee 106, und G. Butro, Straßburgerstr. 13, II, zu haben.

Die Arbeitgeber-Verbind haben bekanntlich zum Gewerbe-gericht 210 Kandidaten zu wählen. Ein winziger Bruchteil derselben ist jedoch erst in die Wählerlisten eingetragen.

Die Gewerbeämterprüfung oder die Bescheinigung über die Anwendung des Gewerbebetriebes genügt als Legitimation, mit derselben begehrt man sich nach einer der beurlaubten Stellen und bewirkt dort seine Eintragung.

Der Verein „Freie Volksbühne“ veranstaltet am Sonntag den 11. Dezember für seine erste Abteilung (rote Karten) und am Sonntag den 18. Dezember für seine zweite Abteilung (grüne Karten) je eine Vorstellung im Vesting-Theater.

London und Berlin. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten nahm Gewisse die Frage der verschiedenen Behandlung zu rügen, die die städtischen Behörden in London und Berlin städtischen Arbeiten angedeihen lassen.

Die von Ihnen gemachten Darstellungen haben die sorgfältigste Beachtung gefunden. Die Kommission giebt Ihnen die Versicherung, daß sie das größte Mitgefühl für diejenigen hegt, welche bei dieser Jahreszeit ohne ihre Schuld beschäftigungslos sind.

Die von Ihnen gemachten Darstellungen haben die sorgfältigste Beachtung gefunden. Die Kommission giebt Ihnen die Versicherung, daß sie das größte Mitgefühl für diejenigen hegt, welche bei dieser Jahreszeit ohne ihre Schuld beschäftigungslos sind.

troffen werden, um Arbeiten der verschiedensten Berufe in Angriff zu nehmen, die Wirkung haben werden, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter zu verringern.

Bei uns in Berlin hat der Oberbürgermeister es nicht einmal für nötig erachtet, die Deputation der Arbeitslosen im vergangenen Jahr zu empfangen und jetzt — sagt der neue Oberbürgermeister — liegt zur Annahme einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit kein Grund vor, also auch nicht zu außerordentlichen Maßnahmen.

Professor Pettenkofer, der bekannte Münchener Hygieniker, hatte sich vor kurzem in einem in der Münchener Medizinischen Wochenschrift veröffentlichten Vortrag ziemlich energisch gegen die bezüglich der Cholera gegenwärtig allgemein herrschende Theorie der Verbreitung dieser Seuche gewandt und zum Beweise dafür, im Verein mit Professor Emmerich, an sich selbst das recht gewagte Experiment gemacht, einige Milliarden Choleraabzissen in Bouillonlösung zu sich zu nehmen.

Eine Hausdurchsuchung nach anarchistischen Schriften fand am Montag früh in der Wohnung des Tischlers P. Pielcke, Brangelstraße 13, statt.

Verhaftet wurde ein Bäckermörder in der Person eines früheren Lehrlings P., der sich durch die Verfertigung, daß er Student sei, Zugang zu der Bibliothek des Zoologischen Instituts der Universität verschafft und von dort wissenschaftliche Werke gestohlen hat.

Ueber eine Blutschand in städtischen Obdach wird uns von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr befanden sich eine größere Anzahl Obdach-ler in dem kleinen Saal des städtischen Obdaches in der Prenslauer Allee behufs Feststellung ihrer Persönlichkeiten.

den mit aller Macht geführten Stich ist der linke Lungenflügel verletzt und der Zustand Radtke's ein recht bedenklicher. Der Thäter ist verhaftet und am Sonntag vom Polizeipräsidium nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit übergeführt worden.

Ueber einen Diebstahl, der einen von ihm selbst begangenen Diebstahl als Berichterstatter ausbeutet, schreibt eine Lokalkorrespondenz: Zu einem Redakteur einer Berliner größeren Vorortzeitung kam in den letzten Tagen ein Gärtner G. und meldete gegen den üblichen Obulus in allen Einzelheiten einen Diebstahl, der in der letzten Nacht in der G.-Straße stattgefunden habe.

Bei einem Feuer, das vorgestern Vormittag in einem Quergebäude des Grundstücks Kirchbachstr. 7 stattfand, wurden drei Kinder von der Feuerwehre aus schwerer Gefahr gerettet. Die Kinder, 5, 3 und 1 1/2 Jahre alt, waren im vierten Stockwerk allein in der verschlossenen Wohnung gelassen und lagen noch im Bette, als der im Schlafzimmer befindliche Kleiderschrank in Brand gerieth.

Marktpreise in Berlin am 3. Dezember, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—15,40 M., mittlerer von 15,90—14,90 M., geringster von 14,80—14,40 M.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Morgens überfiel ein Metallarbeiter seine eheliche Frau auf deren Arbeitsstätte, Kommandantenstraße 41, bei ihr das linke Ohrschloß ab, durchbis ihr den kleinen Finger der linken Hand bis auf den Knochen und ließ dann davon.

Gerichts-Beilage.

Ahlwardt und die „Judenkinder“.

Landgerichtsdirektor Brausewetter eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Zu dem Thema, um dessenwillen am Sonnabend vorüber-

Verein „Fresko-Bühne“.

Der Verein „Fresko-Bühne“, der vor kurzem begründet worden ist, um „große, stark bewegte, handlungsreiche Bühnenkunst zu pflegen“ hat am Sonntag Mittag im Vesting-Theater seine erste Vorstellung gegeben.

Manometer auf 99! Wer hinter Titel und Stück etwa eine Art Gleichnis vermutet hat, — und der Zusatz „soziales Drama“ hätte beinahe auf diese Vermutung gebracht — der dürfte arg enttäuscht worden sein.

Die Sache ist an sich nicht übermäßig interessant, wennaueh sie in Berlin, alwo dieses „soziale Drama“ spielt, nicht alle Tage vorkommen soll.

Arbeiter und gelegentlichen Mitarbeiter des „Vorwärts“ macht. Dieser Max lebt im Hause und auf Kosten seines Bruders, des reichen Fabrikbesizers Ernst Goldschmidt.

absichtigt zu haben und wird durch die Drohung einer Anzeige, sowie durch die fortwährende Furcht vor einer Veröffentlichung der Arbeit in beständiger Angst erhalten.

Das ungefähre ist, falls uns nicht infolge der zeitweise recht lebhaften Anteilnahme des Publikums dies oder das entgangen ist, in „großen“ Hügen die „starkbewegte Handlung“ des Stückes.

gehend die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, überreicht der Vertheidiger einige neue Beweisanträge und giebt anheim, bei der Erörterung derselben abermals die Öffentlichkeit auszuschließen.

Bei dem Aufruf der Jurgen wird festgestellt, daß der Mittergutsbesitzer von Langen nicht zur Stelle ist. Erster Staatsanwalt Dr. Fischer gleitet anheim, gegen den ohne Entschuldigung ausbleibenden Jurgen die höchste zulässige Strafe auszusprechen, falls derselbe ordnungsmäßig geladen sein sollte.

Auch der Arbeiter Krähahn, nach welchem vielfach geforscht worden ist, ist nicht ermittelt. — Rechtsanwalt Hertwig: Ich behalte mir einen Antrag vor, um zu beweisen, daß Krähahn von Löwe verschickt worden ist, um sich seines Zeugnisses zu entziehen.

Erster Staatsanwalt: Es heißt denn doch, die Geduld des Gerichtshofes zu sehr in Anspruch nehmen, wenn Tag für Tag Beweisanträge gestellt werden und immer neue Sachen in Aussicht gestellt werden sollen.

Verth.: Der Prozeß sollte, bei welchem es sich doch nur um Vorfragen handelte, hat 23 Tage in Anspruch genommen, und hier, wo die wichtigsten Interessen des Vaterlandes in Frage kommen, kann es doch nicht darauf ankommen, ob hier einige Tage länger verhandelt wird oder nicht. Ich kann meine Anträge nur so stellen, wie sie mir von Freunden der Sache zugehen. Ich erhalte täglich etwa 50 Briefe in dieser Angelegenheit, auf die anonymen Briefe lege ich natürlich nie Werth, sondern suche mir nur das werthvolle Material der anderen heraus.

Der Vorsitzende beginnt die Verlesung des neuen Beweisantrages. In demselben wird behauptet, daß man augenscheinlich nur Offiziere als Gutachter geschickt habe, welche von den Eingaben beim Kriegsministerium keine Kenntniss haben und deshalb schlecht orientirt sind. Dann werden ziffernmäßig illustrirte Behauptungen über schlechte Erfahrungen mitgetheilt, welche bei einzelnen Truppenheiten mit Löwen'schen Gewehren gemacht worden seien sollen.

Oberlieutenant v. Götting, darüber befragt, ob der Verlesung dieses Antrages ein militärisches Interesse entgegen steht, äußert sich dahin: Ich hatte schon am Sonnabend die Meinung gehabt, daß es unter Umständen für die Militärbehörde gleichgültig sein könnte, wenn das, was unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden sollte, der Öffentlichkeit preisgegeben werden würde. Da aber aus solchen Zahlen, wenn sie in die Öffentlichkeit bringen und deren Werth nur die militärischen Sachverständigen zu beurtheilen vermögen, unverständliche und unzuverlässige Leute falsche Schlüsse ziehen könnten, so ist die Veröffentlichung solcher Dinge doch nicht ohne weiteres zuzugehen. Wenn es heißt, so und soviel Schloßchen sind unbrauchbar geworden, so kann vielleicht eine unverständliche Waffe sagen, die Gewehre seien unbrauchbar, was nicht der Fall ist.

R. A. Hertwig: Ich beantrage nunmehr, die Verlesung des Ingenieur Baasch, welcher schwer belastendes Material zu liefern im Stande ist. Es handelt sich darum zu beweisen, daß von der Firma Löwe u. Co. planmäßig die Gewehre mangelhaft hergestellt sind. Ich stelle hierzu Beweisanträge und wenn der hohe Gerichtshof von dem Inhalte dieser Schriftstücke Kenntniss genommen hat, wird er meiner Ansicht beitreten, daß die Beweisanträge von Wichtigkeit sind. — Präsi.: Das Wesentlichste, um das es sich handelt, ist die Frage, ob Thatsachen vorliegen, aus denen der Gerichtshof entnehmen kann, daß Löwe u. Co. gefälschte schlechte Gewehre geliefert haben, um den Staat zu gefährden. Ich bemerke, noch einmal, daß der Gerichtshof dem Parteigetriebe völlig fern steht und keinen Werth darauf legen kann, was in antisemitischen Vereinen oder auf der anderen Seite vorgebracht wird. — Rechtsanwalt Hertwig: Wenn der Herr Präsident Einsicht von dem Schriftstücke genommen haben, dürfte die Ansicht nicht greifen, daß die darin angeführten Thatsachen zur Sache gehören. Ich stelle ferner noch folgenden Beweisantrag: Vor etwa zwei Jahren bestanden sich die Herren Jodor Löwe und Oberlieutenant Kühne in einem Restaurant in Gesellschaft eines höheren Militärs. Da der letztere schwerhörig war, so mußte die Unterhaltung zwischen den drei Herren außerordentlich laut geführt werden. Dadurch kam es, daß drei Herren, die sich in dem anstehenden Räume befanden, das Gespräch hören mußten. Es waren die Herren Graf Hohenthal, Freiherr von Wackerbarth und der Kaufmann Baasch. Diefelben hörten wie die beiden Nebenkläger sich in verächtlicher Weise über unsere Armeekassen und ebenso darüber sprechen, wie leicht die Revisionsbeamten zu täuschen seien. Die unfreiwilligen Zuhörer waren hierüber auf's höchste empört, Graf von Hohenthal ist auch zum Kriegsminister gegangen und hat Beschwerde geführt, die Sache ist aber unterdrückt worden. Ich beantrage, die drei Herren zu laden. — Erster Staatsanwalt: Auf mich macht die Sache ganz denselben Eindruck, wie am ersten Tage. Von dem Angeklagten wird Alles im Werk gesetzt, die Beweisanträge möglichst spät zu bringen, um die Sache so viel als möglich hinauszuschieben. Es ist doch ganz klar, daß das Thema dem Vertheidiger und dem Angeklagten nicht erst kürzlich, sondern schon lange bekannt ist, zumal die Herren Baasch und v. Wackerbarth in unangenehmem Verkehr mit dem Angeklagten gestanden haben. Dies zum Beweise dafür, wie operirt wird. Was den Inhalt des Beweisantrages betrifft, so können aus dem Zusammenhange herausgeriffene, durch die Hand hindurch gehörende Versicherungen unmaßig den Gerichtshof bestimmen können, wenn nicht ganz bestimmte Thatsachen

Einige wagen ein rasch verfallendes Klatschen, die Mehrzahl aber sah sich verblüfft an und schämte sich, den Helken des Stückes sammt dem Verfasser vier Akte hindurch ernst genommen zu haben.

Um beide, den Helken wie den Verfasser, zu verstehen, bleibt einem in der That nichts anderes übrig, als Unzurechnungsfähigkeit anzunehmen. Solch sinnloses Zeug redet kein gesunder Mensch. Leider ist aus dem Stück selbst nicht zu ersehen, ob die Unzurechnungsfähigkeit e s a s i c h t i g t ist.

Selbstverständlich ist es nicht ausgeschlossen, daß es auch solche Menschen giebt. Aber selbst wenn dieses Monstrum, was natürlich o f f i g ausgeschlossen ist, nach einem lebenden Modell geschaffen wäre, so wäre er doch in dem Stücke unwahr. In dem Stück wirkt es wie ein Typus; der Verfasser der Vereinsmitglieder und der Protell der Wäse bewirkt, daß beide Parteien diese Wirkung empfinden. Außerhalb des Theaters würde selbst der verblissenste Bourgeois nicht zu behaupten wagen, daß es jemals einen solchen sozialistischen Agitator gegeben hätte, geschweige, daß die Figur typisch sei. Dieser Mar ist ebenso unmöglich, wie der „deutschfreisinnige“ Reichstags-Abgeordnete Robert Schulze, welcher kommt, um dem Fabrikbesitzer Ernst Goldschmidt die Kandidatur anzubieten. Selbst die Intimitäten unter den Intimen des Herrn Eugen Richter — dürfen sich nicht so läppisch Beziehungen zu Herrn Richter — dürfen sich nicht so läppisch benehmen. Der Mar Goldschmidt oder Robert Schulze für wahr und nach dem Leben gezeichnet hält, gehört ins Irrenhaus. Ueber den literarischen Werth des Stückes läßt sich wenig sagen. Die Sprache ist schillerhaft. Natur scheint Herr Feld nicht anzukreiden; er schwärmt für „G r o b - N a t u r“, zu deutsch: Bahnhofs. Eine einzige Dose vermochten wie zu erlösen: es war der Dialog zwischen der Mäherin Elise Klein und ihrer lächerlichen Schwester Trude.

Darsteller und Darstellerinnen waren zu bedauern, daß sie so viel Kunst an so viel Unflath verschwenden mußten. Sie hatten es dem „Dichter“ zu danken, daß sie stellenweise selbst da ausgelacht wurden, wo sie für ihre Leistung Beifall verdienten. Sie werden es ihm hoffentlich vergeben haben. Wenn jemals ein „Dichter“, dessen Stück abgefallen ist, Mitleid verdient hat, dann verdient es dieser.

vorgebracht werden. Deshalb ist der Antrag unerheblich und lediglich vorgebracht, um die Sache zu verschleppen.

Vertheidiger: Es würde sehr liebendwürdig von dem Ersten Staatsanwalt sein, wenn er mit Vorwürfen gegen die Vertheidigung etwas sparsamer umgehen würde.

Präsi.: Wünscht der Herr Vertheidiger die Ladung aller drei Zeugen?

Vertheidiger: Vor allen Dingen wohl die des Grafen Hohenthal.

Rechtsanwalt Munkel: Ich glaube gehört zu haben, daß bei der Affäre, wo Graf Hohenthal ein Gespräch durch die Hand geführt haben soll, auch die Gräfin Hohenthal anwesend gewesen sein soll. Ich beantrage auch die Gräfin sogleich mit zu laden, denn dieser Antrag wird und sonst doch nach später kommen.

Angell.: Ich protestire dagegen, daß der Herr Staatsanwalt fortwährend mir den Vorwurf macht, die Sache zu verschleppen. In dieser Weise kann der Kronzeuge Seling doch nicht maßgebend sein. Ich habe bisher von den in dem Antrage enthaltenen Thatsachen keine Kenntniss gehabt, sondern erst durch meinen Vertheidiger Mittheilung davon erhalten.

Präsi.: Sie haben ja in der ersten Sitzung selbst zugegeben, daß Sie alles daran wenden wollen, um die Entscheidung der Sache bis zur heutigen Sitzung hinauszuschleppen.

Angell.: Ich habe nur gesagt, daß es mir lieb sein würde.

Präsi.: Wir können doch auch nicht fortwährend neue Dinge hier hineinbringen.

Rechtsanwalt Munkel: Ich glaube gehört zu haben, daß der Vertheidiger behauptete, der Herr Kriegsminister habe den Befehl gegeben, die Sache zu unterdrücken. Ich möchte anheimgeben, den Kriegsminister zu vernehmen.

Verth.: Ich habe von einem Befehle zur Unterdrückung kein Wort gesagt.

Rechtsanwalt Munkel: Wenn es der Herr Kriegsminister nicht befohlen hat, dann bleibt nur übrig, daß der Kriegsminister die Sache selbst unterdrückt hat, und das wäre wohl noch schlimmer.

Erster Staatsanwalt: Ich würde, wenn der Herr Vertheidiger den Antrag auf Ladung des Herrn Kriegsministers nicht gestellt hätte, selbst zu diesem Schluss gekommen sein. Ich glaube jedoch, daß es zweckmäßig sein würde, erst den Grafen Hohenthal und die übrigen namentlich benannten Zeugen zu laden. Der ganze Vorfall zeigt wieder einmal, wie leicht von Seiten des Angeklagten bzw. der Vertheidigung Behörden und Beamte öffentlich verdächtigt werden. Es ist hier wieder eine solche Verdächtigung in die Welt geschleudert worden ohne irgendwelche Zeugen dafür zu nennen, daß in der That vom Kriegsministerium eine solche Unterdrückung stattgefunden hat. Es ist sehr leicht, solche Verdächtigungen auszusprechen.

Vertheidiger: Ich bitte doch den Grafen Hohenthal zu vernehmen, daraus wird sich das Uebrige ja ergeben.

Der Gerichtshof beschließt, den Grafen und die Gräfin Hohenthal und den Herrn v. Wackerbarth sofort telegraphisch zu laden und den Ingenieur Baasch zu morgen Sonntag als Zeugen vorzuladen. — Rechtsanwalt Hertwig: Herr Baasch dreht vor Begierde, hier vernommen zu werden.

Es wird darauf der Tapezier Häfel, einer der Entlastungszeugen des Angeklagten, vernommen. Er bestritt auf Verfragen, daß auf ihn eingebracht worden sei. — Präsi.: Welche Beschäftigung hatten Sie in der Löwen'schen Fabrik? — Zeuge: Ich war Porzellaner. — Präsi.: Haben Sie dem Angeklagten eine eidstattliche Versicherung gegeben? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Wo kam das? — Zeuge: Der Arbeiter Knack fragte mich, ob ich ihm das schriftlich geben wollte, was ich von den Arbeiten in der Fabrik wisse. Ein Mann, der den Juden etwas am Zeug flicken wollte und damit umgebe, eine Proschäre zu schreiben, wollte meine Angaben benutzen. Ich erkläre mich hierzu bereit. Am folgenden Tage führte Knack mich nach einer in der Nähe der Fabrik belegenen Kneipe, wo ich den Angeklagten traf, dem ich meine Angaben machte. — Präsi.: Hat er Ihnen etwas dafür bezahlt? — Zeuge: Nein, er hat nur die kleine Zechen von einigen Pfennigen bezahlt. — Präsi.: Haben Sie noch später mit dem Angeklagten oder anderen Personen hierüber verhandelt? — Zeuge: Ich habe mal einen Brief von Herrn von Langen erhalten, worin ich nach dem Evangelischen Vereinshaus bestellt wurde. Hier traf ich Herrn v. Wackerbarth, der mich ebenso ansprach wie Rektor Alwardt. — Präsi.: Haben Sie Geld dafür bekommen? — Zeuge: Hierfür nicht, aber mir wurden 5 Mark für meine Zeitverschwendung und Fahrkosten gegeben.

Präsi.: Womit haben Sie die Gewehrläufe in der Fabrik gepulvt? — Zeuge: Mit Del, Berg und Schmirgel. Die weitere Vernehmung des Zeugen betrifft nun das Schmirgeln, und über dieses viel umstrittene Thema wird wieder eine ganze Zeit lang verhandelt, unter Mitwirkung des Angeklagten, des Vertheidigers und der Zeugen Häfel, Gans und Stangenberg. — Häfel behauptet, daß Gewehre manchmal 10—15 mal geschmirgelt worden seien. Die Meister hätten von der Schmirgeln Kenntniss gehabt, die Arbeiter hätten sich aber vor den Büchsenmachern hüten müssen. Meister Stangenberg habe sie mehrmals darauf aufmerksam gemacht, sich nicht ablassen zu lassen. — Meister Stangenberg giebt die Möglichkeit einer solchen Versicherung zu. — Zeuge Häfel kann nicht behaupten, daß Löwe oder Kühne davon Kenntniss hatte. Die Stelle, wo geschmirgelt wurde, lag etwas abseits von dem Gange, den Herr Kühne passirte, wenn er durch die Fabrik ging. Auf Verfragen des Angeklagten erklärt der Zeuge, daß er für das Reinigen 2 bis 3 Pf. für das Gewehr erhalten habe, und daß, wenn er regelmäßig gereinigt hätte, er dann vielleicht 80 Pf. pro Tag verdient haben würde. — Angell.: Diese Preise sind also auf Schmirgeln eingerichtet, trotzdem dasselbe verboten war! — Auf Verfragen des Ersten Staatsanwalts stellt Major Hannig fest, daß anfänglich ein Verbot des Schmirgelns nicht bestand, von ihm vielmehr erst später erlassen war. Dem Vertheidiger giebt dieser Sachverständige zu, daß bei den Truppen das Schmirgeln verboten war, doch besteht in der Instruction kein solches Verbot. Nach dem Gutachten des Majors Hannig würde selbst ein 10—15 maliges leichtes Schmirgeln auf die Brauchbarkeit eines Gewehres keinen Einfluß ausüben, er meint auch, daß er eine nachtheilige Einwirkung des Schmirgelns auf den Gewehrlauf bei der Revision gesehen haben würde. — Hof-Büchsenmacher Barilla glaubt nicht, daß man das Schmirgeln hätte sehen können. — Der Arbeiter Gans behauptet, Kühne habe zugegeben, daß das Schmirgeln mit seinem Wissen und Willen geschehen sei. Letzterer hält dem entgegen, daß das Schmirgeln ja später erst verboten worden sei. — Arbeiter Gans: Der Oberlieutenant Kühne habe sogar gesagt: Wenn sich die Kerls bei dem Schmirgeln nur nicht so dumm anstellen wollten!

Generalmajor Alckel: Nach seiner Meinung handelte es sich hier gar nicht um ein „Schmirgeln“, sondern um einen bei den Truppen allerdings verbotenen Akt des Pulvens. Aus dem vom Zeugen Häfel mitgetheilten Arbeitslohn geht schon hervor, daß es sich um keine gewaltsame, anstrengende Arbeit gehandelt haben könne. Bei neuen Gewehren sei es in keiner Fabrik den Lieferanten verboten, eine Reinigung, welche sie für geboten erachteten, auch mit einer schärferen Substanz vorzunehmen. Es handelte sich hier um eine solche verhärtete Pulverung, zu welcher vielleicht auch der Umstand Veranlassung gegeben haben mochte, daß die Läufe bei der neuen Revision sich schwer reinigen ließen. Da die Gewehre ins Depot gingen zur Aufbewahrung, so war eine exakte Reinigung geboten.

Zwei sodann vernommene Arbeiter sagen nichts Wesentliches aus, was nicht schon wiederholt verhandelt wäre. Werkzeugsmeister Schurig befindet, daß er in der Löwen'schen Fabrik beim Kaufbau beschäftigt gewesen ist. Er soll davon Kenntniss haben, daß die Gewehre gebücht wurden. Er bejaht die dies-

bezügliche Frage. In der Fabrik in der Hollmannstraße hat frei und offen ein Balancier gestanden, der zum Drücken der Läufe benutzt wurde. Der Meister Pöschel, der jetzt in Budapest sei, habe Sonntag das Drücken vornehmen lassen. In der Fabrik in Maximilianstraße habe sich ebenfalls ein Balancier befunden, der nach der Ansicht des Zeugen in einem besonderen Räume stand, der von den Revisionsbeamten leicht übersehen wurde. Das Drücken sei hauptsächlich vorgenommen worden, wenn sich nach Verfertigung der rohen Läufe ein Bohrer in dem Patronenlager befand. — Ein militärischer Sachverständiger begutachtet, daß ein Balancier sich in jeder lödlichen Werkstatt befindet. Wenn Bohrer in Patronenlager seien, so sei die Handhabung des Balanciers ein ganz gewöhnliche und allgemein gebräuchliche. Die Läufe befänden sich in diesem Zustande noch in völlig rohem Zustande. Wenn durch den Druck des Balanciers irgend welchen Schaden genommen, so würde sich dies beim Beschau durch Wägen der Bohrer herausstellen. Hauptmann Klopisch von der Revisions-Kommission hat den Balancier in der Löwen'schen Fabrik auch häufig gesehen.

Meister Petram, der viele Jahre ununterbrochen in Löwe arbeitet, bezeugt, daß der Balancier nur deshalb im Heime in Anwendung gebracht wurde, damit sie nicht noch mehr „marsteten.“ Nicht wahr sei die Behauptung des Vorzeugen, daß er von seinem Posten an eine andere Stelle versetzt worden sei, weil er angeblich das Drücken nicht leiden wollte und deshalb einen heftigen Austritt mit dem Oberlieutenant Kühne gehabt habe. Ein solcher Austritt sei im Gegentheil darüber entstanden, daß Oberlieutenant Kühne wiederholt behauptete, die Fabrikate seien nicht ganz vorchriftsmäßig gemacht, und er würde ihn, wenn so etwas noch einmal vorkäme, entlassen.

Der Präsident richtet noch einmal an die Zeugen die Frage, ob der Aufenthalt des früheren Arbeiters in der Löwen'schen Fabrik, späteren Drehschleifenscher Eduard Krähahn bekannt sei. Ein Herr aus dem Zubrerenraum meldet sich, welcher an giebt, daß der Gesuchte sich vor etwa 6 Wochen in der Löwen'schen Fabrik in Budapest befunden habe. — Oberlieutenant o. a. Kühne weiß hiervon nichts und ebensowenig Herr Löwe. — Angeklagte wiederholte seine Behauptung, daß Krähahn von den Nebenklägern fortgeschickt worden sei, um nicht in diese Prozesse als Zeuge aufzutreten zu können. Er bittet, daß in Budapest telegraphisch Anfrage gestellt werde.

Präsi.: Was soll der Zeuge Krähahn denn alles bezeugen? — Angell.: Ich weiß, daß Krähahn im Löwen'schen Lokal in der Basewallerstraße viel Geld gezeigt hat und buchstäblich dem Herrn unterwarf. Ferner hat er einen Schein gezeigt, der an der Revisionsseite die Zahl 30 000 M. trug und dann in Buchstaben die Summe, welche ihm zugesichert wurde, wenn er gegen ihn, die Angeklagten, aussage. Der Schein war mit dem Namen des Obergerichtes unterschrieben und gestempelt. Krähahn wird bezeugt, daß er am Abend nach dem Fortgange der übrigen Arbeiter Menge Gewehre selbst gestempelt hat. Er hat ferner ein Gewehr des Oberlieutenants Kühne gezeigt, wodurch der letztere arg verdächtigt wird, und ferner wird er bezeugt, daß die ungarische Regierung ebenso betrogen werden sollte wie der deutsche Staat, die dortigen Beamten sind aber zu vorsichtig gewesen. — Präsi.: Das letztere geht und hier nicht an. — Erster Staatsanwalt: Ich möchte den Krähahn ja auch gern haben, damit die Sache soweit wie möglich aufgeklärt werde, aber wir können doch nicht auf die Versicherung eines Herrn aus dem Zubrerenraum hin uns auf so weitläufige Sachen einlassen. — Präsi.: Ich halte es doch für nöthig, den Versuch zu machen, nach Budapest zu telegraphiren.

Zeuge Löwe giebt die Adresse der Fabrik in Budapest an. Tischler Goldbach ist zur Sache unwesentlich. Er wird bezeugt, daß die Büchsenmacher bisweilen Blumenbreiter und deren Angehörige wurden. — Schlosser Hugo Müller meint, daß alle Gewehre, deren Schußmängel nicht so schlimm waren, bestrahlt wurden. Wenn es zu viel war, dann wurden die Gewehre aus einander genommen. Die Büchsenmacher hätten die Drücken manchmal gesehen und gedrückt. — Büchsenmacher Kühne hebt hervor, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern des Drückens wegen entlassen worden seien. — Zeuge R a a h a u s, nochmals vorgerufen, bestritt, daß er wegen Pöschel aus der Löwen'schen Fabrik entlassen worden sei. Er habe wiederholt bezeugt, zu Drücken. — Präsi.: Es ist schon festgestellt, daß das Drücken aufgehört, nachdem Oberbüchsenmacher Streicher das Verbot und mehrere Arbeiter wegen Drückens entlassen hatte. — Zeuge R a a h a u s: Man habe ihn in der Fabrik schon länger auf dem Reich gehabt, sich aber nicht traut, ihn zu entlassen, weil er den Meistern und Büchsenmachern zu sehr in die Karten gesehen habe.

Berkmeister Büttner wird nicht davon, daß den Büchsenmachern Blumenbreiter angefertigt wurden. Mit seiner laubnis hätten sich dieselben Handwerkszeug, welches sie zu Arbeit bei sich zu Hause brauchten, mitgenommen.

Buchhalter Raasch: Nachdem die Affordarbeit mit dem Meister Stangenberg begonnen, habe er über die unter dem Titel „Extra-Revision“ auftretenden 135 M. Aufführung zu verhandelt. Er habe den Oberlieutenant Kühne nicht getroffen, dagegen den Inspektor Beyer danach gefragt und die habe gesagt: Die Sache werde wohl ihre Wichtigkeit haben. Seine Vorgesetzten gekommen, habe er die Gelder angroisfen. Der Zeuge, welcher noch bei Löwe ist, hat von Befestigungen ohne Anzeigens nichts erfahren.

Berkmeister Schönfelder, lange Jahre bei Löwe beschäftigt, hat von vorgekommenen Vorschriftenwidrigkeiten keine Kenntniss.

Auf Anfrage des Rechtsanwalts Munkel bezeugt der Zeuge Pöschel, daß der Arbeiter für das Reinigen des Gewehres Lohn von 2 bis 3 Pfennigen von dem Affordmeister bezahlt wurde und die Fabrik nichts anging. Die Arbeiter hätten dabei noch immer ca. 5 M. verdient.

Der Präsident stellt durch Verfragen des Zeugen R a a h a u s fest, daß dieser, der viel über Hungerlöhne bei seiner Anwesenheit gelagert hatte, 5—6 M. pro Tag verdient hat. — Der Präsident hält diesem Zeugen vor, daß es doch Sache der Arbeiter gewesen wäre, die sogenannten „Schleichschieber“ auszumachen, wenn sie dabei mit dem ihnen zugebilligten Lohn sich nicht zurecht kamen, wäre es ihre Sache gewesen, die Arbeit aufzugeben. — Der Arbeiter Gans behauptet, zuerst 12 Pf. für das Reinigen eines Gewehres bezahlt worden zu sein. In der ersten Zeit habe der Arbeiter 80—85—90 M. alle zehn Tage verdient, nachher sei der Lohnsatz bis auf 8 Pf. untergegangen und da habe der Arbeiter manchmal nicht 8 Pf. pro Tag verdient. — Zeuge Häfel: Ich habe einmal 19 M. innerhalb 14 Tage verdient. — Präsi.: Was verdienen Sie denn? — Zeuge: Es war damals wenig zu thun.

Angell.: Hätte der Zeuge bei dem Lohnsatz von 3 Pf. überhaupt bestehen können, wenn die Gewehre vorchriftsmäßig gewaschen und Berg gereinigt worden wären? — Zeuge: Wenn dann hätte das Reinigen des Gewehrs eine Stunde gedauert. Zeuge Pöschel bestritt dies.

Auf weitere gegenwärtige Behauptungen des Zeugen Gans erklärte Major Hannig sowohl wie Oberbüchsenmacher Streicher: Wenn bei schon durchgeschossenen Gewehren keine Schrammen herausstellen, so werden sie zum Schmirgeln zurückgegeben. Danach wurde genaue Revision darüber angestellt, ob durch das Schmirgeln das Kaliber auch nur ein wenig vermindert worden sei und hierauf seien die Gewehre nochmals angeschossen worden. — Zeuge Gans verblüfft dabei, daß 4000 Gewehre, welche den Aufschußmannen bereit trugen und zum Schmirgeln zurückgegeben waren, dann nicht wieder angeschossen worden seien. — Major Gans: Der Vorbericht war ebenfalls, daß ein solches nachmögliches

stehen statfinden sollte. Sei dies nicht geschehen, so würde
dort eine Pflichtwidrigkeit zu erklaren sein. — Oberbischmader
Streicher und Buchenmacher Böhner bestreiten diese Be-
hauptung des Gans und dieser kann nicht behaupten, daß
Länge oder Höhe von der angeblichen Manipulation mit 4000
Gewehren etwas gewußt haben.
Nach einstündiger Mittagspause wird der inzwischen erschienene
Zeuge v. Langen vernommen. Er erklärt, daß er den Angeklagten
seit etwa anderthalb Jahre kenne. Von der Broschüre habe er
erst sieben Stunden vor deren Fertigstellung Kenntnis gehabt.
Er giebt folgende Schilderung von seinem Verhältnis zu dem
Angeklagten. Vor fast anderthalb Jahren bin ich beauftragt
nach Berlin gekommen. Ich hatte damals von der Existenz des
Angeklagten keine Ahnung. Ich traf hier einen Freund, der
mich für Alwardt zu interessieren suchte. Derselbe sei ein äußerst
wichtiger Mann, der aber in den Händen von Bäckern liege.
Ich trat der Sache näher, da ich glaubte, ein gutes Werk zu
thun. Die mir genannte Summe war aber zu hoch,
um sie ohne Weiteres hingeben zu können; ich fragte deshalb
meinen Freund, ob Alwardt mir durch seine Thätigkeit oder
durch seine Stellung irgendwelche Sicherheit geben könne. Dies
wurde mir bejaht, Alwardt sei schriftstellerisch thätig und ver-
diene nicht wenig. Er solle mir den Betrag seiner Broschüren
geben. Rusa erklärte ich mich bereit, dem Rüsse zu helfen. Ich
traf am folgenden Tage mit Alwardt bei einem Rechtsanwalte
zusammen, ich sah ihn zum ersten Male. Das Geschäft kam zu
stande und ich reiste wieder nach meiner Heimat ab. In
diesem Frühjahr besah ich mich wieder in Berlin, als ich den
Besuch Alwardt's und des Schreibers Rood erhielt. Die Herren
erzählten mir über die Vorgänge in der Löwischen Fabrik Dinge
so haarsträubende Natur, daß ich sie nicht glauben konnte, trotz-
dem mir eine Anzahl eidesstattlicher Versicherungen von Löwen-
schen Arbeitern unterbreitet wurde. Ich war dennoch schwankend
und reiste ab. Ich kam bald wieder nach Berlin. Alwardt kam
wieder zu mir, ich las seine Broschüre und sagte mir nun, daß
es meine Pflicht als Staatsbürger sei, davon Anzeige zu machen.
Alwardt forderte mich auf, die Sache dem Polizeipräsidenten zu
überweisen und erklärte, daß er mitgehen müsse und unten warten,
damit ich ihm Bescheid geben könne. Er würde event. dafür
sorgen, daß nichts veröffentlicht werde. Ich ging also zum
Polizeipräsidenten und muß sagen, daß ich von demselben etwas
merkwürdig empfangen worden bin. Ich habe schon mit noch
höheren Beamten als der Herr Polizeipräsident ist, zu thun
gehabt und war eigentlich nicht angethan davon berührt, wie sich
der Polizeipräsident zu der ganzen Angelegenheit stellt.
Ich sagte dem Herrn Polizeipräsidenten, daß ich eine
Broschüre habe, welche behauptet, daß ein großer Teil
der Armee mit mangelhaften Gewehren versehen sei, der Verfasser
konnte unten auf mich und würde die Sache nicht zur Veröffentli-
chung bringen, wenn der Herr Polizeipräsident die Sache in die
Hand nehmen würde. Der Herr Präsident hat einen Blick auf
die Broschüre geworfen und als er sah, daß sie von Alwardt
war, hat er gesagt: Das glaubt ja doch kein Mensch, was ein
Alwardt schreibt. Ich antwortete: das ist ja subjektive An-
sicht; ich habe viele eidesstattliche Versicherungen gelesen,
in welchen Arbeiter die Behauptungen Alwardt's bekräftigen.
Ich glaube, es wäre gut, wenn die Sache unterdrückt
würde, weil sie andernfalls Aufsehen machen und das Vertrauen
in unsere Armee erschüttern könnte. Der Polizeipräsident hat
darauf geantwortet: Gegen eine Broschüre, die noch nicht veröffentli-
cht worden, könne er noch nicht einschreiten. Ich antwortete:
Ich glaube, hier liegt ein Staatsinteresse vor. Der Polizeipräsident
hat aber erwidert: Das geht mich nichts an!
Auf Verlangen des Verteidigers erklärt der Zeuge weiter: Der An-
geklagte hatte mit seinem Verleger Bloß abgemacht, er sollte keine
Broschüre erscheinen lassen, bis Alwardt Mitteilung über den Erfolg
des Schrittes bei dem Polizeipräsidenten gemacht haben würde.
Nachdem er etwas einmüthig vom Polizeipräsidenten fortgegangen,
sei er mit der Broschüre zu einem hochstehenden Offizier ge-
gangen und habe demselben das Manuskript übergeben, damit
dieselbe nun damit mache, was ihm gut dünkte. Von da sei er
zum Herrn Kriegsminister gefahren, es war aber schon zu spät.
Präsident: War Ihnen nicht der Gedanke gekommen, daß es sich
um eine in erster Reihe das Kriegsministerium angehende
Angelegenheit handelte, für welche das Polizeipräsidenten
doch nicht die richtige Instanz war? — Zeuge: Der Kriegs-
minister war erstens nicht Vorgesetzter des Rectors Alwardt
und dann war doch auch Sonntag, und um 6 Uhr war der
Termin abgelaufen. Ich halte das Polizeipräsidenten für die geeignete
Behörde, denn wenn ich beispielsweise Zeuge einer Mordthat bin,
dann werde ich davon doch dem Polizeipräsidenten Anzeige machen
können. — Präsident: Die Zeit bis 6 Uhr Abends war doch eine
sehr kurze. — Zeuge: Der Herr Polizeipräsident brauchte nur
ein Wort zu sagen, um die Veröffentlichung der Broschüre
zu vereiteln. — Präsident: War Ihnen damals schon das
Geiß, was aus dem Alwardt'schen Broschüren stichen
würde, bekannt? — Zeuge: Als die Zeilen stich-
ten, dachte wohl Alwardt an diese Broschüre über-
haupt noch nicht. — Präsident: Sahen Sie denn nicht, daß durch
die Broschüre die Liebe des Soldaten zu seinem Gewehr erschüttert
werden mußte und haben Sie nicht bei ihm darauf hingewirkt,
daß er sich an eine andere Behörde wenden sollte? — Zeuge:
Der Angeklagte hatte mir gesagt, daß es um 6 Uhr zu spät
sein würde. — Präsident: Weshalb war denn Sonntag 6 Uhr die
entscheidende Stunde? — Angekl.: Das Buch war ja schon
mehrere Tage fertig. Weil ich nun schon zu drei verschiedenen Malen
vergebens den Versuch gemacht hatte, dem Kriegsminister zu
sprechen, und glaube, daß ich meine Pflicht gegen den Staats-
anwalt getan hätte, warte ich bloß noch Herrn v. Langen ab,
was auch dieser vergeblich beim Polizeipräsidenten gewesen, war
für mich doch Eile nöthig. — Präsident: Die ganze Veröffentlichung
geschah in so eifriger Weise, daß bekanntlich ein großer Teil
des Publikums auf den Straßen bestreut wurde, und ich muß
sagen, ich habe mich selbst darüber gewundert, daß so etwas mög-
lich ist. — Angekl.: Ich habe mich um die ganze Verbreitung
nicht im geringsten bekümmert.
Oberleutnant v. Gönitz: Es wäre mir erwünscht, um die
erfahren, an welcher Stelle er den dreimaligen vergeblichen Ver-
such gemacht hat. Im Kriegsministerium ist davon nichts be-
kannt.
Angekl.: Ich bin nur beim Portier gewesen und habe ihn
gefragt, ob Geßler für mich zu sprechen wären. Ich habe da-
bei allerdings nicht gesagt, was ich wollte.
Oberleutnant v. Gönitz: Jedenfalls wissen alle die Stellen, welche in
der Lage waren, jemand eine Audienz zu verschaffen, nichts
davon.
Angekl.: Ich wiederhole, daß ich beim Portier war.
Oberleutnant v. Gönitz: Der Mann weiß ganz genau, daß solche
Ansuchen an den Chef der Zentralabteilung zu richten sind.
Wenn dieser Kenntnis gehabt hätte von dem Wunsche des An-
geklagten, würde der Herr Kriegsminister gewiß sofort das gethan
haben, was er später ohne weiteres gethan hat.
Auf Verlangen des Staatsanwalts giebt Zeuge v. Langen
nachmals an, daß er den Polizeipräsidenten gefragt habe, ob er
die Sache nicht in die Hand nehmen würde. Der Polizeipräsident
habe aber erwidert, die Sache gehe ihn nichts an.
Erster Staatsanwalt: Der Verteidiger hat gesteuert
ganz bestimmt die Behauptung aufgestellt, daß der Herr Polizei-
präsident versucht habe, Sie zu bestimmen, die Sache loder-
aufzulösen.
Verteidiger: Memos.
Erster Staatsanwalt: Das ist bezeichnend!
Der Verteidiger erklärt, daß der Staatsanwalt seine Be-
hauptung nicht überhand habe. Mir kommt es darauf an, fest-
zustellen, daß Sie dem Polizeipräsidenten mitgeteilt haben, daß
es sich um strafbare Handlungen handelte?
Zeuge: Jawohl!
Verteidiger: Meint der Zeuge, daß der Angeklagte

aus Gewinnsucht oder nur aus patriotischem Gefühl ge-
handelt hat?
Zeuge: Wenn ich nicht davon überzeugt gewesen wäre,
daß dem Angeklagten der Patriotismus höher steht, als das
Geldbedürfnis, so würde ich mich mit demselben überhaupt nicht
eingelassen haben. (Lautes Bravo im Zuschauerraum, welches
der Präsident ernstlich rügt.) Er sei überzeugt, daß der An-
geklagte die Veröffentlichung nur als letztes Mittel ergreifen hat.
Weder der Angeklagte, noch er selbst habe bis jetzt einen Pfennig
Einnahme aus der Broschüre bezogen. Der Angeklagte sei ihm
als ganz bedürftiger Mann bekannt.
Präsident: Schon wenn Sie einen Blick auf die ersten Seiten
der Broschüre warfen, müßte Ihnen die Tendenz des Inhaltes
auffallen. — Zeuge: Die Schlüsse, die der Angeklagte aus
seinen Mittheilungen zieht, sind nicht meine Sache. Ich habe
selbst einen Theil der Zeugen vernommen und habe sie auch
unterstützt, weil sie drohten geworden waren. — Angekl.: Ich
richte an den Zeugen die Frage, ob ich die Leute nicht stets auf's
eindringlichste zur Wahrheit ermahnt habe. — Zeuge: Ja,
wohl, denn wenn ich es that, wurde mir stets gesagt: Das
hat uns Herr Alwardt auch schon gesagt. — Erster
Staatsanwalt: Haben Ihnen einzelne der Zeugen,
wie beispielsweise Rood gesagt, daß sie vorher einen
etwas zweifelhaften Expansions-Versuch gegen Löwe be-
gangen haben? — Zeuge: Nein, sie werden sich gehütet
haben. — Erster Staatsanwalt: Auch von Ihren
Vorfragen haben sie nichts erwähnt? — Zeuge: Eben-
so wenig. — Erster Staatsanwalt: Daraus läßt sich
immerhin ein Schluß auf Ihre Glaubwürdigkeit ziehen. Wenn
Sie das gewünscht hätten, würden Sie ihnen dennoch Glauben
geschenkt haben? — Zeuge: Gewiß, das Material war zu er-
drückend. — Rechtsanwält Wundel: Wie viel etwa haben Sie
den Arbeitern gegeben? — Zeuge: Genau weiß ich es nicht,
ich denke insgesamt gegen 3000 M. — Rechtsanwält
Wundel: Sie sagten vorher, Sie hätten das Geld
aus dem Ertrag der Broschüre gegeben und zwar auf
Anweisung Alwardt's, wie konnte dieser die Summen
anweisen, da er Ihnen doch den Ertrag giebt? — Zeuge:
Alwardt hatte mich darum gebeten. Ich legte das Geld aus
meiner Tasche aus, da bisher von einem Nutzen aus der Bro-
schüre nicht die Rede sein konnte. — Präsident: Wann haben Sie
Rood zum ersten Male? — Zeuge: Etwa sechs Wochen vor
dem Erscheinen der Broschüre. Ich muß noch hinzufügen, daß
ich damals, als ich noch nicht recht an die Mittheilungen glauben
konnte, einen mir wohlwollenden General um Rath anging, der
selbe rief mir, es so zu machen, wie ich es gethan. — Erster
Staatsanwalt: Sie sagten, Sie hätten vor dem Besuche
bei dem Polizeipräsidenten die Broschüre einem Offizier mit der
Bitte gegeben, dieselbe dem Kriegsminister zu unter-
breiten. Haben Sie angenommen, daß dies geschehen
würde? — Zeuge: Ja. — Erster Staatsanwalt:
Konnten Sie denn nicht Ihren Einfluß auf den Angeklagten
ausüben, die Veröffentlichung zu unterlassen? — Zeuge: Dazu
hätte ich keine Veranlassung. — Angekl.: Herr Zeuge,
erinnern Sie sich, daß ich bereit bin, mir 50—60 M. zu leisten,
damit Krähm mit von einem der Wächermänner ein Gewehr,
die damals ja an Jedermann veräußert waren, besorgen könne?
— Zeuge: Ich entsinne mich dessen. — Angekl.: Ich will
dies nur feststellen wissen, weil Krähm eine Penetration
gegen mich eingereicht hat, ich hätte Krähm zum Diebstahl eines
Gewehres verurteilt wollen.
Bei der Frage der Entlassung des Zeugen v. Langen be-
antragt der Verteidiger, zu morgen eine Konfrontation des
Polizeipräsidenten v. Krichhofen und des Zeugen v. Langen zu
ermöglichen. Der Gerichtshof beschließt, den Polizeipräsidenten
v. Krichhofen zu morgen noch einmal zu laden.
Kammere erklärt Oberleutnant v. Gönitz: Er habe in-
zwischen bezüglich der gestern unter Ausschluß der Öffentlich-
keit stattgefundenen Frage Instruktion bei dem Kriegs-
minister eingeholt. Er habe schon gestern zu seinem
Bedauern erklärt, daß er nicht in der Lage war, vorher von
diesen entworfenen Schriftstücken, die der Angeklagte überreicht
hatte, Kenntnis zu nehmen. Wenn das der Fall gewesen wäre,
würde er keine Veranlassung gehabt haben, einer Verhandlung in
der Öffentlichkeit zu widersprechen. Der Herr Kriegsminister
spreche das gleiche Bedauern aus und wolle nachträglich anheim-
geben, die Sache öffentlich Preis zu geben. Es handle sich darum,
daß nach einem Verichte des Reichsanwaltes in Wesel vom 15. Sep-
tember 1892 bei den Verhandlungen des Verlaubtenstandes eine An-
zahl Löwischer Gewehre reparaturbedürftig geworden seien. Die
Thatsache, daß 69 Kammerreparaturbedürftig geworden seien sollten,
habe dem Kriegsministerium etwas bedenklich erschienen und
es sei angeordnet worden, zehn dieser Kammerreparatur-
bedürftigen Gewehre zu senden. Der Direktor der Spandauer Ge-
wehrrabrik, Oberleutnant Lange sei sofort telegraphisch ge-
laden worden, sei zur Stelle und habe die qu. 10 Kammerre-
paraturbedürftigen Gewehre mitgebracht.
Verteidiger: Ich muß dann beantragen, die Sache zu
verlegen, bis ich mich über diesen Sachverständigen orientiert
habe.
Präsident: Das zeigt sehr deutlich, daß es darauf an-
kommt, die Sache zu verschleppen. Der Gerichtshof ist jederzeit
in der Lage Sachverständige zu laden, der Verteidiger hat dazu
nichts zu sagen.
Verteidiger: Nach den Gutachten, die mir hier ent-
gegen gestellt sind, habe ich Ursache recht vorsichtig zu sein. Für
mich sind die verwandtschaftlichen Verhältnisse des Herrn von
Bebenburg und seine etwaigen Beziehungen zum Judenthum.
Darauf muß ich mich erkundigen.
Der Verteidiger zieht seinen Verlagsantrag zurück. Der
Gerichtshof beschließt, seinen Beschluß auf Ausschluß der Öffent-
lichkeit wieder aufzuheben und jenen Theil in öffentlicher Sitzung
zu verhandeln.
Aus der Verlesung der fraglichen Schriftstücke geht
hervor, daß nach der Prüfung der Kammerreparatur in Wesel
von 69 Gewehren aus der Löwischen Fabrik 520 Stück
reparaturbedürftig gewesen, bei 69 Kammerreparatur-
bedürftigen Gewehren, 21 Schließer zeigten Risse und 45 Abzugs-
federn waren unbrauchbar geworden. Der Direktor der Königl.
Spandauer Gewehrfabrik, Oberleutnant Lange giebt sein Gut-
achten ab über die Beschaffenheit von zehn der reparaturbedürftigen
Kammerreparaturbedürftigen Gewehren, die zur physikalischen und chemischen Unter-
suchung an die Spandauer Fabrik geschickt wurden.
Der Sachverständige giebt an, daß der Bericht über
die Untersuchung noch ausstehe. Bei der äußeren Beschichtigung
der Kammerreparaturbedürftigen Gewehre habe er bemerkt, daß bei 4 oder 5 Stück derselben
augenscheinlich gewaltsame Mittel zur Zerstörung an-
gewendet worden seien, denn es seien Spuren wie von Hammer-
schlägen sichtbar. Ganz bestimmt lasse sich dies aber nicht be-
haupten. Die chemische Untersuchung habe ergeben, daß das
Metall einen etwas geringeren Gehalt an Phosphor und
Schwefel gehabt habe. Möglicherweise sei dadurch die
Zerfallsfähigkeit des Metalls etwas beschränkt worden.
Die weiteren Erörterungen über die Frage, auf welche Ursachen
diese Reparaturbedürftigkeit zurückzuführen sei, werden von den
militärischen Sachverständigen, dem Sachverständigen Dorella,
dem Angeklagten und dem Oberleutnant a. D. Kühne in einer
um den Gerichtshof sich bildenden dichten Gruppe geführt. So
viel aus diesen Erörterungen zu entnehmen ist, ist der Gutachter
die Dorella nicht ganz der Meinung, daß gewaltsam auf die
Kammerreparaturbedürftigen Gewehre geschlagen worden. Es kann ebenso gut der Fehler
durch Aufschlagen harter Gewehrtheile auf einander entstanden
sein. Beim Schmelzen im Kriege sei solches Vorkommen
weniger zu befürchten, als gerade bei Friedensübungen. Wahr-
scheinlich aber sei das Material zu den Kammerreparaturbedürftigen
zu hart und zu spröde. Bei den Erörterungen ergiebt sich, daß auch nach
dieser Richtung hin eine neue Fabrik Anleihen zu über-
nehmen habe. Es wurde daran erinnert, daß der Löwischen

Fabrik schon von Kuffschroten mitgeteilt worden war, daß
das Material zu hart sei und es wurde der Fabrikleitung be-
stätigt, daß dieselbe bemerkt war, mit allen Mitteln solcher
Mängel abzuwehren. Oberst von Brandel erklärte auch, daß
man aus den in Rede stehenden Thatsachen keinen Schluß auf
die Kriegsbrauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit der Gewehre ziehen
könne. In früheren Fällen sei das Verhältniß genau dasselbe ge-
wesen. Oberleutnant v. Gönitz wies darauf hin, daß
wenn in einer Kompagnie Gewehre revision abgehalten werde, so
stelle sich heraus, daß noch weit mehr zurückgelegt werden müßten,
und ein Laie könne leicht zu der Ansicht gelangen, daß die
ganze Kompagnie mit unbrauchbaren Gewehren
versehen sei. Die Sache verhalte sich aber anders,
auch der geringste Fehler kennzeichne ein Gewehr als
reparaturbedürftig, selbst wenn es dessen Brauchbarkeit
nicht im geringsten beeinträchtigt. — Oberst Lange fügt noch
hinzu, daß er bei den anderen Depots, die von den Kammer-
reparaturbedürftigen erhalten haben, angefragt habe, ob auch an
ihnen Eisenstücke Spuren von gewaltsamer Zerstörung
zeigten, eine Antwort sei darauf noch nicht eingegangen.
Aus Budapest geht telegraphische Antwort an, daß der ge-
suchte Zeuge Eduard Krähm in der dortigen Löwischen Fabrik
nicht beschäftigt sei. Der Erste Staatsanwalt theilt mit, daß
auch er noch Schritte gethan, um den Krähm zu ermitteln,
indem er bei dessen Ehefrau angefragt habe. Leider habe auch er
einen Erfolg nicht gehabt.
Der Verteidiger beantragt nunmehr, sieben namhaft ge-
machte Offiziere als Gutachter über dieses Thema vorzuladen
und andere Beweise zu erbringen, daß sich an den Löwischen
Gewehren Mängel in großer Anzahl herausgestellt haben. Der
betreffende Antrag hebt hervor, daß die von den militärischen
Sachverständigen abgegebenen Gutachten wertlos seien, da die-
selben völlig unorientirt über die beim Kriegsministerium ein-
gegangenen Berichte zu sein scheinen.
Der Gerichtshof lehnt den Antrag der Verteidigung ab.
Schlosser Schulz, früher bei Löwe, hat zweimal Geld an
Buchenmacher abzuliefern gehabt, welches dieselben für gelieferte
Arbeiten zu fordern hatten. Nach Ansicht des Zeugen war die
Löthung der Visire eine Zeit lang schlecht, die Revision un-
genügend, da dieselbe von hinten vorgenommen wurde, die im
Vorderen standen. Der Abnahmestempel habe nur in Händen des
Herrn Kühne in der Meisterbude gewesen, habe Stangenberg
eine ganze Garnitur von L. Stempeln gezeigt: Du brauchst
nicht zu denken, daß du allein Stempel hast. Hier habe ich
auch solche: ich habe sie eben vom „Krummen“ (Epitheton für
Herrn Kühne) erhalten. Diese und andere Anschuldigungen wer-
den vom Meister Stangenberg und vom Inspektor Brag be-
stritten. — Den Buchenmachern war es, wie durch weiteres Be-
fragen des Zeugen Schulz festgestellt wird, gestattet, bei der
Revision und der Stempelung mit königlichen Stempeln, sich
durch Arbeiter der Löwischen Fabrik unterstützen zu lassen, doch
standen diese Arbeiter unter Kontrolle der Buchenmacher. Der
Zeuge behauptet, daß diese Arbeiter genau so selbst-
ständig revidierten und stempelten, wie die Buchenmacher.
Major Hannig bestreitet dies. Es war nicht mit
gestattet, sondern sogar angeordnet, daß die Buchen-
macher bei der Revision und Stempelung Arbeiter hinzuziehen
sollten. Doch arbeiteten dieselben nicht selbständig, sondern unter
Kontrolle und eigener Verantwortlichkeit der Buchenmacher. Es
sei das denkbar größte Maß von Vorsorge getroffen worden, um
Fälschungen nicht durchzuführen zu lassen.
Die Aussage eines Schlossers K b a m über Visire, Stempel u.
dietet nicht Neues.
Der Zeuge Trottmann läßt sich noch einmal vernehmen
und behauptet, daß der Buchenmacher Klett seinen Anschuß-
stempel auch an die Arbeiter Neugebauer und Tornow abgegeben
habe, die nach Feierabend das Meisterstempel auf eigene
Hand abernahmen. Es seien auch Gewehre abgestempelt worden,
welche gar nicht zum Anschuß gekommen waren. Da Klett be-
streitet, daß ohne seine Kontrolle gestempelt worden sei, sollen
Neugebauer und Tornow geladen werden. — Rechtsanwält
Hertzwig: Ich lege auf diese Zeugen keinen Werth, da die-
selben noch bei Löwe in Arbeit stehen. — Präsident: Ich habe
schon einmal gesagt: der Herr Verteidiger scheint eine sehr
Vorstellung von der Heiligkeit des Eides zu haben. Es wäre
doch traurig, wenn wir eine Arbeiterschaft hätten, die aus Angst,
sich aus der Arbeit zu bringen, sich hierher stellen und den
schändlichsten Meißel leisten. Außerdem ladet der Ver-
theidiger nicht die Zeugen, sondern ich! — Ver-
theidiger: Es zeigt sich doch hier täglich, daß wir hier
immer zwei diametral entgegengesetzte Aussagen haben. Wir
gehen täglich zahlreiche Briefe von Arbeitern zu, daß sie gern
die Wahrheit sagen würden, aber nicht dürfen, da Brot für
schmede. — Präsident: Ich halte es für sehr traurig, daß Jemand
eine solche Ansicht über die Arbeiterschaft haben kann.
Der Zeuge Trottmann führt noch des Weiteren aus,
daß es mehrfach vorgekommen, daß noch nicht angehoffene Ge-
wehre gestempelt seien. Das sei namentlich vorgekommen, wenn
man mal trübsinnig ein Gewehr von einer Serie gegriffen
habe, welches noch gar nicht an der Reihe war. Dann
habe Buchenmacher Klett gesagt: Lassen Sie es nur
laufen. — Zeuge Klett bestreitet dies ganz entschieden,
während auch nach Ansicht des Zeugen K r i e h m a n n
so etwas wohl vorgekommen sein mag; er habe so etwas nie
gemacht. — Angekl.: Die treuen Arbeiter hat man in der
Löwischen Fabrik entlassen und die ungetreuen hat man be-
halten. — Präsident: Unterlassen Sie diese Art von Bemerkungen!
Der folgende Zeuge Herr Marcolli ist auf Antrag des
Rechtsanwalts Wundel geladen. Derselbe hat im Auftrag des
Präsidenten die Lieferungen des Stahls für die königlichen Fabriken
zu besorgen. Die Lieferungen für die Löwischen Gewehre sind
ausschließlich in Suhl geholt und von dort an Löwe u. Co.
geliefert worden.
Am 7 1/2 Uhr verläßt der Präsident die Verhandlung auf
Dienstag früh 9 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten
Berliner Wahlkreis hielt am Sonntag eine öffentliche Ver-
sammlung ab, die von etwa 1200 Personen besucht war, unter denen
sich viele Frauen befanden. Genosse H. P e u s referirte über das
Thema: „Gefährliche Wahrheiten“. Er zeigte an Beispielen aus
der Geschichte, wie bestimmte Gesellschaftsklassen und deren Ver-
treter bestrebt waren und beabsichtigen, dem Volke, d. h. den
besten Massen derselben, wissenschaftliche Wahrheiten vorzu-
enthalten, weil sie gefährlich seien. Zugleich wies man, meinte
Redner, daß manche Wahrheit gefährlich ist. Wenn, dann aber
nur für diejenigen, welche sie gefährlich nennen, nie für die Gesammtheit
der Menschen. Im Gegenstand hätten Wahrheiten für die
Allgemeinheit nur gute Wirkungen. Die aus den wirtschaftlichen
Klassenangelegenheiten hervorgegangene Herrschaft einer Klasse
habe dahin geführt, daß dieser Klasse „gefährlich“ erscheinende
Wahrheiten zu sagen gesellschaftlich unterjagt wurde, mit Anbrodung
von Strafe. Solange ein Paragraph 166 des Strafgesetzbuches
bestehe, könne man an kirchliche Einrichtungen nicht mit dem
Wage der freien Kritik heranzugehen, und solange Verleumdungen
bestraft würden, sei man verhinert, eine ganze Menge
von Wahrheiten zu sagen. Er, Redner, halte dafür, daß
das Wort absolut frei bleibe, auch wenn es in gewisser Be-
ziehung gefährlich sei. Der Redner geht weiter auf die be-
kannten gegen ihn gefällten Urtheile ein, deren eines die ihm zu
Grunde liegenden Ausführungen des Beurtheilten, die in einer

Arbeiter-Sanitätskommission.

Bei der letzten Sitzung sind die Kontrollen der Arbeiter-Sanitätskommission mit neuen Fragebogen versehen worden...

Der Fragebogen zerfällt in eine linke Hälfte, auf der die Fragen, 22 an der Zahl, vorgebracht sind...

Fragebogen.

- 1) Name des Eigenthümers:
2) Zahl der bewohnten Gebäude:
3) Zahl der Stockwerke:
4) Zahl der Haushaltungen:
5) Zahl der Bewohner:
6) Ist das Grundstück an die Kanalisation angeschlossen?
7) Ist das Grundstück an die städtische Wasserleitung angeschlossen?
8) Besteht eine Privat-Wasserleitung (Reservoir)?
9) Ist ein Brunnen vorhanden (Kessel- oder Abzehrbrunnen)?
10) Wie ist das Wasser beschaffen?
11) Zahl und Lage der Klosets:
12) Welcher Art? (Wasserkloset, Tonnen-, Stubenloset?)
13) Offen? Verschlossen? Vertheilung unter die Bewohner?
14) Wie sind sie gehalten? (Reinigung, Desinfektion.)
15) Sind Müllkästen und Ausguss (Gülle) in Ordnung?
16) Ist das Grundstück im Ganzen oder in einzelnen Theilen feucht?
17) Sind besonders ungesunde Wohnungen vorhanden? (Entresol, Hängeboden, Keller, Dachwohnungen u. s. w.)
18) Sind auf dem Grundstück Handels- oder Gewerbebetriebe, die zur Erzeugung oder Ansammlung gesundheitsgefährlicher Stoffe Anlass geben? Welche?
19) Sind sonst Ansammlungen von Säuren und Abfallstoffen vorhanden? (Senggrube?)
20) Ist das Grundstück im Allgemeinen sauber gehalten? (Hof, Treppen, Flure, Keller u. s. w.)
21) Welche sonstigen Mängel?

Daran schließen wir die Fortsetzung unseres Berichts über Mängel in den Wohnungen Berlins...

Eine richtige Mietzinsfaserne ist wie ein unerschöpfliches Faublersteu. Die Kunst und Geschicklichkeit des scharfsinnigen Erbauers zeigt eine Unzahl kleinerer und kleinerer Wohnungen...

Demmerstr. 63, Übergab. part. Wohnung bestehend aus Stube und Küche, über einem Kesselkeller...

eine von 2 Personen als Schlafraum benutzte Stube, mit einem circa 70 Centimeter hohen und 60 Centimeter breiten, auf Dach hinausgehenden Fenster.

Im Hause Invalidenstr. 126: aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung. Die erste Stube ist vermietet; in der zweiten 1 1/2 Meter breiten schläft die Mutter auf dem Sopha; in der Küche ohne Fenster schlafen der Vater und ein Kind in einem Bett.

Ebenfalls im dritten Stockwerk eine Wohnung, bestehend aus einer Stube und Küche. Die Stube ist an drei Schlafbürcchen vermietet. In der einstufigen, nach dem Hof hinausgehenden Küche haufen vier Personen, drei Erwachsene und ein 13jähriger Knabe; zur Nachtruhe haben sie ein Bett, ein Sopha (in fürchterlichem Zustande) und ein Sophalaken.

Im Hause Waldemarstr. 59 liegt auf dem zweiten Hof rechts 1 Treppe

„eine Wohnung, bestehend aus zwei heizbaren und einem nicht heizbaren Räume; 5 Bewohner haben 3 Betten und 1 Schlafsofa. Die Wohnung, die oben ist feucht ist, liegt über den Klosets, dem Pferdefall und einer Remise. Eine Küche existiert nicht, in den beiden größeren Zimmern wird gelocht und geschlafen. Von unten der Luft aus dem Pferdefall und den Klosets, von oben die Masse des Daches (ein Bodenraum liegt nicht dazwischen): so erscheint das Ganze eher zum Hünerkall oder Laubeboden denn zur menschlichen Wohnung geeignet.“

Im Hause Raunynstr. 57 liegt im Keller eine Wohnung, durch eine Wetterwand in 2 Räume getheilt, deren keiner nicht heizbar ist. Dahinter liegt die Küche, welche feucht ist, und in welcher 1 Bett für 2 Personen steht. Der ganze Keller liegt von der Straße bis zum Hofe voller Linsen.

Man glaube nicht, dass diese Zustände vereinzelt sind. Die Zahl der nicht heizbaren, oder trotzdem als Wohnung dienenden Zimmer, z. B. in Berlin eine erschreckend hohe. Das letzte Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin führt rund 666 000 Wohnzimmer auf, darunter rund 602 000 heizbare und 64 000 nicht heizbare, also beinahe 10 nicht heizbare unter je 100 Zimmern. Speziell in Kellern liegen rund 47 000 Zimmer, darunter 39 000 heizbare und 8 000 nicht heizbare, also mehr als 15 nicht heizbare unter je 100 Zimmern. Man braucht wirklich nicht erst nach Hamburg zu gehen, wenn man „Wohnungen“ sucht, die allen Anforderungen der Gesundheitslehre Hohn sprechen.

Es ist selbstverständlich, dass auch all die anderen Mängel, die einer Wohnung anhaften können, sich bei diesen billigen Wohnungen, auf die der Proletariat angewiesen ist, sammt und sonders in verhälfen Maße finden. Die Klosets finden sich in diesen Häusern fast nirgends so, wie sie sein sollten. Entweder sind zu wenig da, oder sie sind zu un sauber.

Im Hause Invalidenstr. 126 sind für etwa 23 Haushaltungen 4 enge und dunkle Klosets. Reichenbergerstr. 120 müssen sich 16 Haushaltungen mit 4 Klosets begnügen, die un sauber sind, weil sie viel benutzt werden, und keine genügende Reinigung aufweisen. Wasserhorststr. 87: 9 ganz un saubere finstere Klosets für 23 Familien mit etwa 150 Personen und für 20 Arbeiter einer Fabrik und einer Schlosserei. Louiseufer 18: 1 Kloset ohne Zutritt und Dampfohr für 6 Familien mit 60 Personen, Spülung mangelhaft. Johannisstr. 12: 3 Klosets für 18 Familien mit 70 Personen und 10 Arbeiter. Spitzerstr. 1: 5 un saubere Klosets für circa 110 Handwerker, 40 Fabrikarbeiter, beiderlei Geschlechts, und Schläferpersonal.

Bei all diesen Häusern handelt es sich immer um die Seitenflügel oder Quergebäude, also um diejenigen Wohnungen, die von den Weiskölen bewohnt werden. In den Vorderhäusern sieht es überall besser aus. Louiseufer 18: im linken Seitenflügel haben 6 Familien 1 Kloset und im rechten Seitenflügel immer noch je drei Familien 1 Kloset, während sich in Vorderhäusern in jeder Wohnung ein besonderes Kloset befindet. In der Johannisstr. 12, wo 3 Klosets für 16 im Keller und im Quergebäude wohnende Familien ausreichen müssen, hat im Vorderhause wiederum jede Wohnung ihr eigenes Kloset. Die kleinen Leute müssen sich das gefallen lassen. Und schließlich sind sie, wenn sie ein Kloset gemeinschaftlich mit 12 anderen Familien benutzen müssen, vielleicht noch besser daran, als wenn sie ihr eigenes Kloset — direkt in der Stube haben. Das ist z. B. im Hause Prinzenstr. 12 der Fall, wo die Klosets in einer Anzahl von Wohnungen zwar in die Küche hineingebaut sind, aber mit der Thür nach dem Wohnzimmer führen.

In diesen Uebelständen kommt noch die Vernachlässigung der Häuser durch die Birthe, die sich wieder bei den Klosets am ehesten und unangenehmsten fühlbar macht.

Auf die Pissoren legen die Hausbesitzer noch viel weniger Werth als auf die Klosets. Gereinigt werden sie selten, obwohl sie den Mietern in die Wohnung und den Arbeitern in die Werkstätten hineinstinken. Klagen darüber kommen aus Reusselstr. 70, Cienstr. 61, Rypulstr. 157, Simeonstr. 11 u. s. w. Wohlstand ist gründliche Reinigung gänzlich unbekannt, oder wenn sie erfolgt, so erfolgt sie ganz gelegentlich und ungenügend. Die Cholerafahr ist ja vorbei!

Mit gleicher Sparfamelt behandeln die Hausbesitzer ihre Müllkästen. Nur nicht zu oft abholen lassen: Das kostet Geld und schmälert die Miete. Die Müllkästen, Müllgruben, Senggruben u. s. w. reihen sich den Müllkästen würdig an. Alexanderstr. 26 scheint in dieser Beziehung ein Musterhaus zu sein. Aus den Pferdefällen läuft dort die Jauche direkt über den Hof, und der unbedeckte Müllkasten vermöchte einem Müllkästen Konkurrenz zu machen. Es stinkt fürchterlich, und die Mieter klagen, aber der Besitzer, der weit davon ist, riecht nichts und hört nichts. Reusselstr. 71 müssen die Mieter auf das Pösten durch Öffnen der Fenster verzichten, weil der Pferdeböder direkt auf dem Hofe liegt. Kaiserstr. 41 wird die Luft aus der aus den Pferdefällen kommenden Jauche ebenso verpestet. Gartenstr. 119—125 sind Haus für Haus Jauchehöfe, die einen entsetzlichen Gestank verbreiten, weil der Mist überall umherliegt.

Am argsten ist es immer da, wo der Mist nicht im Hofe oder sogar nicht einmal in Berlin wohnt. Aus mehreren Häusern wird uns berichtet, daß der Verwalter bei dem im Thiergartenviertel wohnenden Besitzer vorstellig geworden ist. Verabrede haarschneidend verworfen sind die Häuser Werichstr. 39—42, deren Besitzer in Zürich den Mietvertrag verleiht. Die Mieter verweigern, wenn hier eine Grube ausgegraben wäre, dann hätten sie alle ihr Todtenhemd angehabt. Schwan, Gestank, Ungeziefer, Wände ohne Putz, mit Holz ver nagelte Fenster: es ist einer Großstadt würdig.

Da, warum wenden sich denn die Leute nicht an die Sanitätskommission der Polizeipräsidenten, Hausbesitzer u. s. w.? Das ist auch einmal geschehen, freilich bei einem anderen Hause. Zimmerstr. 37 hat nämlich einer unserer Kontrollen den Hausbesitzer selber um Abhilfe der auf den Klosets herrschenden Uebelstände gebeten, wobei er erfuhr, daß dieser Hausbesitzer selber Mitglied der offiziellen Sanitätskommission sei.

Im übrigen fehlt der Herr unseren Kontrollen sofort an die Luft.

Es ist mit der Abhilfe all dieser Mängel überhaupt eine schwierige Sache. Radikale Abhilfe wäre nur möglich, wenn es keine Hausbesitzer mehr gäbe, die in den Mietern ein Ausbeutungsojekt sehen. Aber welcher Hausbesitzer sieht das nicht in seinen Mietern?

Sozialpolitische Quacksalber haben geglaubt, die Wohnungsverhältnisse der besitzlosen Klasse könnten dadurch gebessert werden, daß Häuser mit kleinen Wohnungen durch Vereine oder Taugenoffenschaften hergeleitet und zum Selbstkostenpreise vermietet oder verkauft werden. Zufällig sind wir in der Lage, auch über ein Haus eines solchen Vereins berichten zu können. Das Hans Bückerstr. 15 gehört der „Gesellschaft zur Verbesserung kleiner Wohnungen“. Bisher haben die Klosetverhältnisse dort ebenso gelegen, wie in anderen Mietzinsfabriken. Der endlich in Angriff genommene Bau neuer Klosets im Seitenflügel soll, trotzdem er Monate lang gedauert hat, sehr unvollkommen sein. Daß den Mietern ein kleiner Raum zwischen zwei Klosets als Speisestub empfohlen wurde, — das nebenbei!

Ob der Proletariat bei einem Privatmann, ob er bei einem Vereine zur Miete wohnt: es kommt doch immer auf dasselbe hinaus. Auf der im September 1889 in Kassel abgehaltenen Jahresversammlung des „Deutschen Vereins für Armenpflege“ wurde vom Amtsrichter Dr. A. Schröter, dem bekannten „Vorläufer“ auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, über diesen Punkt im Namen der Wohnungskommission referirt. Dabei fiel das bezeichnende Wort: „Der Ausschuss hofft, es werde bald auch durch die That der Beweis geliefert werden, daß der Bau von Arbeiterwohnungen kein Akt der Menschenfreundlichkeit, sondern eine nutzbringende Kapitalanlage sei.“

Für die Arbeiter-Sanitäts-Kommission sind weiter eingegangen:

- 10 M. vom Fachverein der Marmor- und Granitschleifer.
10 M. vom Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer durch Dr. J.

Herr Becker, Schuhmacher, Königgräberstr. 86, bestreitet, daß seine Werkstatt ungenügend Licht habe, wie im letzten Bericht mitgetheilt war.

Soziale Ueberflucht.

In Wohnung i. S. treten Arbeiter der Schuhfabrik in den Streit. Sie ersuchen deshalb bis auf weiteres den Zugang fernzuhalten.

Lohn Differenzen halber wird ersucht, Arbeitsangebote der Zellulosefabrik von W. Pollack, Wien VII, Kaiserstr. 35, bis auf weiteres unberücksichtigt zu lassen.

Die Aussperrung von Brauerei-Arbeitern, die in Hartz zur Boycottierung der Brauerei Coora u. Meyer gefährt hat, war seitens dieser Firma angeblich deshalb erfolgt, weil die betreffenden Brauerei-Arbeiter böswilligweise Bier hätten kaufen lassen. In der Sitzung eines Schiedsgerichts, das aus vier Brauereibesitzern und vier Brauerei-Arbeitern (dem Arbeiterausschuss) bestand, ist nun, wie die „Frankfurter Tagespost“ mittheilt, festgelegt worden, daß diese Behauptung Coora's durchaus un wahr ist. Andererseits erklärte das Schiedsgericht mit 7 gegen 1 Stimme, daß die Entlassung der betreffenden Arbeiter nicht deshalb erfolgt wäre, weil diese der Brauereiorganisation angehören. Wie ein geistiges Telegramm meldet, hat eine Arbeiterversammlung die Aufrechterhaltung des Boycotts beschlossen.

Die Halberstadt wird nun doch ein Gewerbegericht bekommen. Die Verschlüsse der sozialdemokratischen Versammlungen waren demnach von Erfolg. Wie die „Sonntags-Beilage“ den Verhandlungen der letzten Stadtverordnetenversammlung entnehmen, hat der Minister infolge der sozialdemokratischen Petitionen seine Absicht gemeldet, die Einführung eines Gewerbegerichts auf dem Wege der ministeriellen Verordnung zu veranlassen, aber den städtischen Behörden noch einmal ans Herz gelegt, dieses Institut freiwillig einzuführen, und sich nicht erst hierzu zwingen zu lassen. Magistrat und Stadtverordneten zeigen aber Männerhoh vor — Ministerialverordnungen, und werden nur der Gewalt weichen, Nicht eine Stimme hat sich in der letzten Sitzung der Stadtverordneten für ein Gewerbegericht erhoben. Von heiterem Interesse ist dabei, daß auch der Führer der Halberstädter Freisinnigen von dem Gewerbegericht nichts wissen will. Die freisinnige Partei weiß diese Institution belanntlich sonst nicht hoch genug zu räumen.

Risikolose Noblesse. Aus Würzburg schreibt die „Unterfränkische Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 2. Dezbr.: In einem Streit wäre es beinahe gestern früh unter der Wagenkniebern des hiesigen Güterbahnhofes gekommen. Diese Leute bestehen nämlich für ihre schwere und oft gefährliche Arbeit in erstaunlich hohem Gehalt. Es wird gezahlt an junge Leute pro Tag 1,90 M., an Ältere 2,20 M. Besagtes Personal war nun der Ansicht, daß die lat. Staatsbahn mit ihren hohen Uebergehältern wohl etwas mehr abköpfen könnte und forderte für die jüngeren Leute 2,50 M., für die Älteren 3 M. täglich. Auf Vermittelung des Inspektors hin haben zwar die Leute ihren Dienst zu den alten Lohndätzen weiter versehen, sie hoffen aber ganz bestimmt auf demnächstige ihren Forderungen entsprechende Ausbesserung. Wir für unsern Theil wollen den Fall hier nur festnageln, um wieder einmal zu zeigen, wie der Staat seine Arbeiter bezahlt, die unter Umständen der schwersten Verantwortlichkeit gegenüber Gut und Leben ihrer Mitmenschen ausgesetzt sind.

Eine treffende Kritik des Patriotismus der reichen Leute gab in einer Versammlung zu Mülhausen i. E. der Zimmerer R. Rathmann aus Hamburg. Er sagte unter härmlichem Beifall der Zuhörer: Als in Hamburg die Cholera ausbrach, da rissen die Reichen aus und die Sozialdemokraten mußten einspringen. So wird es auch gehen, wenn die Sozialen kommen; da nehmen die Reichen ihren Geldsack unter den Arm und rennen über die Grenze.

In Offenbach wurden, wie das „Abendblatt“ berichtet, vor einiger Zeit 30 hiesige Arbeiter entlassen. Es waren Bayern, die zum Theil schon seit 40 Jahren in Offenbach lebten. In der Stadtverordneten-Versammlung war über die Beschäftigung der Bayern Beschlüsse gefaßt worden. — Die Zeiten des seligen Bundestags sind in Deutschland freilich auch in anderer Beziehung längst wiedergekehrt, so daß man sich über den Partikularismus, der hinsichtlich der Beschäftigung von hiesigen Arbeitern in Offenbach zu Tage tritt, wirklich nicht zu wundern braucht.

Der „freie“ Arbeiter und der „Klassenstaat“. Wie der „Braunauer Wesentliche“ aus Remei berichtet, ist der Versuch

von etwa 20 Arbeitern eines Kohlenhüttenwerks, durch einen Streik Erhöhung ihres Lohnes zu erzielen, dadurch vereitelt worden, daß die Bergbauverwaltung dem Unternehmer Strafgeld ansetzte zur Verfügung stellte. Die Streikenden standen nun von ihrem Plane ab und daten den Unternehmer um Wiederherstellung. Dieser verweigerte das vorerst mit dem Streik, er wolle zur „Strafe“ der Streiker die Gefangenen in Arbeit behalten. Den Arbeitern blieb darauf nichts weiter übrig, als den ersten Staatsanwalt um Zurückziehung der Gefangenen zu ersuchen, was dem auch geschah, worauf die Arbeiter wieder weiterarbeiten durften. — Die Remeter Schiffsbauer werden, sofern das bis jetzt noch nicht der Fall war, nun wissen, daß sie vom Massenhaat und den Parteien, die ihn stützen, in solchen Dingen keine Förderung ihrer Interessen erwarten können. Mögen sie hieraus die Konsequenz ziehen, indem sie sich organisieren und bei den Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen.

Nur 15 pCt. Dividende zahlt, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ meldet, die Leipziger Vereinshäuser diesmal an ihre unglücklichen Aktionäre aus. Traurige Weihnachten für diese Aktionäre!

Selbst Arbeiterforderungen, deren Erfüllung den Arbeitnehmern Kosten nicht verursachen würde, werden von diesen oft abgewiesen, lediglich weil die Bewilligung im Anfang einige Unbequemlichkeiten mit sich bringt. So wurde der Erlass ortsstatutarischer Vorschriften über Einführung wöchentlicher Lohnzahlungen am Freitag, wie er von den Arbeitervertretern des Leipziger Gewerbegerichts gewünscht wird, von der dortigen Gewerbeversammlung im ablehnenden Sinne begutachtet. Der Ausschuss dieser Unternehmervertretung hält den Erlass für nicht notwendig. Der vom Gewerbegericht für die Lohnzahlung am Freitag geltend gemachte Grund, daß die Arbeiterfrauen Sonntags früh billiger und besser einkaufen können, sei absolut unzutreffend. Im großen und ganzen erfolge die Lohnzahlung wöchentlich, und es wenige Ausnahmen ortsstatutarische Bestimmungen zu treffen, welche keine Veranlassung vor. Aufseher sei der Handwerker, den letzten Jahren mit neuen Gesetzen bedacht werden, die er erst noch lernen müsse — die Lohnzahlungart sei Sache freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die keine Reglementsbedürfnisse — im übrigen aber seien selbst die Arbeiter über den Werth des Freitags als Lohnzahlung sehr verschiedener Meinung. — Die Arbeiter haben durch ihre Organe, die Gewerbegerichtsmitglieder, gerade das Gegenteil kundgegeben, und jede Arbeiterfrau kauft seitwärts Zeiten lieber am Sonntags als am Freitag ein. Aber die Herren von der Gewerbeversammlung wissen das natürlich alles besser. Ihr Ziel ist das Unternehmerinteresse. Die Interessen der Arbeiter kümmern sie schon nicht, geschweige gar die Interessen der Arbeiterfrauen.

Die Einwohnerzahl Schwedens betrug nach den offiziellen statistischen Mittheilungen am 1. Januar vorigen Jahres 4 784 981, gegen 4 774 409 am 1. Januar 1890.

Die diesjährige Ernte im Königreich Schweden hat nach dem „Reichsanzeiger“ in Hektolitern ergeben: Winter-Weizen 1 520 900, Sommer-Weizen 88 100, Winter-Roggen 8 208 500, Sommer-Roggen 99 600, Gerste 5 615 300, Hafer 24 472 200, Kartoffeln 20 931 900, Mengtorn 3 308 200, Erbsen 688 000, Bohnen 85 000, Widen 304 000.

In Frankreich wird der Unternehmer bestraft, wenn er den Arbeiter zwingt, einer beruflichen Organisation fern zu bleiben. In Deutschland kann der Unternehmer das ungestraft thun, trotzdem § 152 der Gewerbe-Ordnung das Verbot verwarigter Arbeitervereine ausdrücklich aufhob, woraus sich für die Vollstreckung von selbst ergibt, daß ein Privatmann es dem Arbeiter erzieht nicht zu verwehren, daß er einer beruflichen Organisation anzuschließen. Mittels der schwarzen Listen macht das Unternehmertum das Koalitionsrecht der Arbeiter aber fortgesetzt unvollständig. So haben, wie die Halberstädter „Sonntags-Zeitung“ mittheilt, die dortigen Handschuh-Fabrikanten: L. Große, Kreimelsbach, Schneemilch, Brauer, Kade, Cittel, Hoppach und Schaltenberg gelegentlich des vorjährigen Handschuhmacher-Streikes sich folgendes „Ehrenwort“ abgegeben: „Wir Handschuh-Fabrikanten verpflichten uns hiermit auf Ehrenwort und durch Unterschrift, die von „Aus“ gehaltenen Handschuhmacher und Dressire von heutigen Tage zu kündigen, sobald dieselben nicht binnen 14 Tagen aus dem Verbanne der sog. Handschuhmacher-Gebilden ausgetreten sind.“ Neben diesem Schriftstück hat die Redaktion der „Sonntagszeitung“ noch eine schwarze Liste im Besitz, welche den Handschuh-Fabrikanten allerorts die Namen der freiziehenden Gebilden mit dem Vermerk bekennt macht, die auf der Liste Befindlichen bis auf weiteres nicht in Arbeit zu nehmen. Wenn in Frankreich eine neue militärische Institution geschaffen wird, tritt Deutschland mit einer Nachahmung sofort an den Plan. Schafft Frankreich aber etwas Nützliches für die Arbeiter, dann ist das an der Spitze des „sozialen Friedenswerkes“ angeblich marschierende Deutschland nicht zu finden.

Nach einem Arbeiterschutz nennt es die italienische Regierung, wenn sie verbietet, in Fabriken oder Bergwerken Kinder „unter neun (9) Jahren“ zu beschäftigen; wenn sie weiter die Arbeitszeit der beschäftigten 9-10-jährigen Kinder auf acht Stunden festsetzt.

Versammlungen.

Der Banarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt hielt am 20. November seine Versammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom August verlesen und für richtig befunden. In die Feilkomitee zum Wintervergnügen wurden darauf die Herren Reich, Alter, C. Schulz, Wiesner, Genz, Kritsch, Kleiner, Saarmann und Kerken gewählt. Zum Schluss tadelte Wallenthein das Verhalten der Ortsfremden gegen die Kranken gegenüber und empfahl den Anwesenden, für die freie Herztwahl einzutreten. Die nächste Versammlung findet am 25. Dezember statt.

Eine Mitgliederversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins der Töpfer Deutschlands tagte am 20. November. Kollege Zabel hielt in derselben einen interessanten Vortrag über das Thema: „Schädliche Wahrheit oder nützlicher Verharm.“ In der Diskussion sprach Kollege Jakob den Antrag an, daß derartige Vorträge möglichst oft auf die Tagesordnung kommen möchten, um das Wissen der Kollegen zu erweitern. Hierauf wurde Kollege Weber zum 4. Kassierer gewählt. Betreffs Regelung der Wanderunterstützung beschloß man, die nächste öffentliche Töpferversammlung abzuwarten, und dann die Regelung dem Vorstande zu überlassen. Hierauf wurde der Ausschluß der drei Ausschussmitglieder beschlossen. Nachdem die öffentliche Versammlung den Wunsch mit den deutschen Kollegen beschlossen hat, wird die Wanderunterstützung seitens der Filiale vom 1. Dezember ab in der Rosenstr. 30 bei Bernau statutenmäßig zu jeder Tageszeit ausgegahlt werden.

In der Versammlung der hiesigen Filiale des Zentralvereins deutscher Bäcker, welche am 20. November tagte, theilte der Vorsitzende mit, daß auf die Aufforderung an die Brauereien, in anbetragt der großen Arbeitslosigkeit hier am Ort den Bedarf an Bäckereien nicht auswärts, sondern hier zu decken, erst wenige Brauereien geantwortet hätten. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit der Vergleichskommission zur weiteren Durchführung zu überweisen. Hierauf wurde lebhaft getabelt, daß in den letzten Tagen sich die Kollegen kaum um die Organisation bekümmerten. Sehr scharf kritisierte die Ver-

sammlung auch das Verhalten der Rüterberger Kollegen, welche die Brauer bei dem neuerdings ausgebrochenen Streik im Stiche gelassen haben. Der Zentralvorstand wurde aufgefordert, energisch gegen diese Handlungsweise einzuschreiten. Mit der Aufforderung, lebhaft für die Organisation zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der Versammlung des Verbandes der in der Rüstungsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands am 21. November verlas der Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Pariser Fachvereins, worin derselbe mittheilt, daß die Kollegen in Paris den nennstündigen Arbeitstag errungen haben. Diese Nachricht wurde mit großem Beifall aufgenommen. In betref der Berichtigung des Herrn Greifenhagen in Nr. 236 des „Vorwärts“ wurde beschlossen, Herrn Greifenhagen nebst Befassungsgenossen zur nächsten Mitgliederversammlung einzuladen. Eine längere Debatte entspann sich über die Beihiligung am Begründung eines Verbandskollegen. Es wurde beschlossen, bei solcher Gelegenheit bis 10 M. zu bewilligen und 25 Kollegen zu benachrichtigen, welche an Verbandsmitgliedern theilzunehmen haben. Nachdem noch seitens des Vorsitzenden eine Reihe Mittheilungen erstattet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Stockarbeiter Berlins hatte kürzlich eine Versammlung, in der Sparfeld einen interessanten und lebhaft diskutierten Vortrag über Produktiv-Affektionen hielt. In der Versammlung wurde ferner auf die Gewerbegerichts-Wahlen, sowie auf die für's nächste Frühjahr geplante Arbeitslosen-Statistik hingewiesen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Zinshändler und Stürzer Berlins und Umgegend hielt am 22. November eine öffentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers belieten sich die Einnahmen im letzten Vierteljahr auf 40,20 M., mit dem Bestand von 79,95 M. und mithin 120,15 M. vorhanden. Die Ausgaben betragen 5,80 M., als Kassenbestand bleiben mithin 114,35 M. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandmitglieder wurden die Kollegen Herr Kühn zum 1. Kassierer, Paul Bergmann zum 2. Kassierer, Richard Gürtler zum 2. Schriftführer, sowie Albert Walter und Karl Jüde zu Kassieren gewählt. Im weiteren wies der Vorsitzende auf die Wichtigkeit der Gewerbegerichtswahlen hin und forderte die Kollegen auf, sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen. Der von dem Kollegen Max Schulz gestellte Antrag, an die Berliner Streik-Kontrollkommission zur Vertretung der Kosten der Gewerbegerichtswahlen 15 M. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 6. Dezember cr., bei Schröder, Reichensbergstr. 24, statt.

Am 24. d. M. fand eine öffentliche Versammlung der Hausdiener etc. statt, in welcher der Genosse J. Türk einen Vortrag über den Werth der Fachpresse hielt. Nach dem Vortrage wurde von dem Kassierer der Preßkommission, sowie von dem Vertrauensmann der Kassenbericht erstattet. Die Versammlung ertheilte den Kollegen Kähler und Pfalz Decharge, worauf letzterer als Vertrauensmann wiedergewählt wurde. Die Preßkommission legte, da die Zeitung „Einigkeit“ dem neugegründeten „Handelsgesellen“ am 1. Oktober Platz gemacht hat, ihr Amt nieder. Zum Delegierten zur Streik-Kontrollkommission wurde der Kollege Ladewig gewählt. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt und die Kollegen auf die bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen aufmerksam gemacht worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung aller in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprach am 28. November Frau Jhrer über das Thema: Die Frau früher und jetzt. Es war wesentlicher Zweck dieser Versammlung, die in der Glasindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen der Organisation zuzuführen. Die Aufmerksamkeit, mit der dem trefflichen Vortrage der Frau Jhrer gefolgt wurde, läßt hoffen, daß dieser Zweck mit der nöthigen Agitation erreicht werde.

In der Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes am 27. November erstattete der Kassierer Kaiser Bericht. Es ist eine Gesamtzunahme von 9249,80 M. und eine Gesamtsumme von 247,21 M. zu verzeichnen; es verbleibt noch ein Kassenbestand von 1002,59 M. Der Vorsitzende, Neumann, erstattete den Jahresbericht und führte folgendes aus: Am Schluß des ersten Jahres zählte der Bund 142 Vereine; aufgenommen sind im Laufe des letzten Jahres 56 Vereine, ausgetreten resp. mit andern verschmolzen sind 29; bleibt ein Bestand von 173 Vereinen mit ca. 4500 Mitgliedern. Es fanden 8 Ausschusssitzungen und 6 Uebungsstunden statt. Die wichtigsten Beschlüsse des Bundes im Ausschuss sind: Gewährung von Reichsgeld (188.- M.), Ausarbeitung und Beschaffung der Notenschule, der Beschluß, wenn Vereine dreimal hintereinander im Ausschuss nicht vertreten gewesen, sie nach erfolgter Aufforderung auszuscheiden, Wahl einer Zertifikats-Kommission, Ueberweisung der Kompositionen-Prüfung an den Dirigenten-Vorband, Einberufung einer Delegiertenversammlung aller Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands zwecks Herbeiführung einer Notenschule mit denselben. Zum Schluß gedachte Redner der haltgebundenen Ziele des Bundes, welche stets gut und würdig verstanden sind. In den Vorstand wurden gewählt resp. wiedergewählt als Vorsitzende Ad. Neumann und Rob. Meyer (Maximiliansstr. 2), als Schriftführer Otto Rasche und Fr. Kortum, als Kassierer A. Kaiser und Ad. Hübnert.

Die Drechsler hielten am 27. November eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Kollegen Loose, Doff, Wagner, Heinz, Müller, Barth und Bräuner in die Statutenberathungskommission gewählt wurden. Die Wahl eines Mitgliedes der Rechtschulskommission fiel auf den Kollegen Sohn. Das Amt eines Kontrollieurs übernahm Loose. Bräuner verlas darauf einige Punkte aus der diesjährigen Statistik und knüpfte daran die Mahnung an die Kollegen, sich hinfürst fleißiger an derselben zu betheiligen. Nach Erledigung diverser innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der auf Holzschlägen und in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter tagte am 27. November in Rixdorf. Nachdem Genosse Stabernack einen beifälligen aufgenommenen Vortrag über die heutige Arbeitslosigkeit gehalten und verschiedene Redner die Ausführungen dieses Genossen ergänzt hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung sich für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit aussprach.

Der Interessenverein der Buchdrucker-Hilfsarbeiter von Berlin und Umgegend hatte am 27. November eine Versammlung. Bei Eröffnung derselben kritisierte der Vorsitzende den schwachen Besuch und tadelte namentlich, daß die Kollegen der Offizin Max Bading, die doch am ehesten dem Verein gegenüber ihre Pflicht erfüllen sollten, durch ihre Abwesenheit den Mitgliedern ein recht beschämendes Beispiel gegeben hätten. Hierauf erstattete der Vorsitzende über die Vereinigung, sowie über die Gewerbegerichts-Wahlen einige Mittheilungen. Der sodann vom Kassierer erstattete Bericht ergab mit dem 48 M. 81 Pf. betragenden Bestand vom vorigen Quartal eine Einnahme von zusammen 287 M. 41 Pf. Dagegen gegenüber stellte sich eine Ausgabe von 154 M. 96 Pf., so daß ein Kassenbestand von 82 M. 45 Pf. vorhanden ist. Nachdem die Revisoren den Bericht bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Decharge ertheilt. Der Vorsitzende gab sodann noch bekannt, daß seitens des Vorstandes die nöthigen Schritte eingeleitet würden, um dem Aufruf der Hamburger Kollegen, betr. Herbeiführung einer Zentralfaktion, nachzugeben. Es wurde noch der

Besuch der am 4. Dezember stattfindenden Buchdrucker-Versammlung, sowie der am 11. Dezember tagenden Frankfurter-Versammlung den Kollegen empfohlen; ferner forderte der Vorsitzende zum regen Abonnement auf das Organ der Buchdrucker-Hilfsarbeiter, die „Neue Union“, auf. Nach Schluß der Versammlung folgte ein gefälliges Beisammensein, welches die Mitglieder bis zum frühen Morgen vereinigt hielt.

In der Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des allgemeinen deutschen Tapeziersvereins am 28. November hielt Genosse Folger einen beifälligen aufgenommenen Vortrag über das Thema „Wissen ist Macht“. In der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Krüger, Giesche, Dembovski und Engel. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung theilte der Kassierer Grimpe mit, daß für die noch lebenden Hamburger Kollegen bis jetzt in Berlin 107,60 M. gesammelt worden seien. Nach den Mittheilungen des Kassiers sehen noch verschiedene Listen aus; die Inhaber derselben werden ersucht, dieselben sobald wie möglich entweder beim Kassierer Grimpe, Waldemarstr. 3, auf dem Arbeitsnachweis-Bureau der Tapezierer bei Seidel, Alte Jakobstr. 92, oder bei Bergang, Schönebergstr. 18-19 abzuliefern.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter beschloß in seiner am 28. November abgehaltenen Versammlung, allen gegen neun Stimmen den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Tischlerverband. Es wurde ferner ein Antrag angenommen, eine Liquidationskommission zu wählen. Die Wahl fiel auf die Kollegen Heinrich Groh und Buström. Ebenso wurde ein Antrag, drei Mitglieder des Vereins zur Uebernahme der Vereinsrenten und der Gelder zu wählen, angenommen. Gewählt wurden die Kollegen Rob. Schmidt, J. Meyer und Kiediger. Danach mochte der Vorsitzende noch besonders darauf aufmerksam, daß es Pflicht aller derjenigen Kollegen ist, welche 12 Agitationsmarken in ihrer Karte haben, sofort dem Verein beizutreten. Die Ausnahme geschieht unentgeltlich, die Kollegen treten als vollberechtigte Mitglieder ein.

In der Versammlung der Filiale Arbeiter und Arbeiterinnen am 28. November hielt Genosse Wach einen Vortrag über Kapital und Arbeit. Hierauf theilte Steffen mit, daß die Einnahme vom letzten Sommervergnügen 185,95 M. betragen hat, die Ausgabe bezifferte sich auf 187,25 M., so daß ein Defizit von 1,70 M. vorhanden ist. Ausschüssig sind noch 95 Bülletts. In Revisionen über diese Abrechnung wurden Valerius, Knapid und Stiegert gewählt. Nachdem noch auf die Delegiertenwahl zur Ortsliste der Schuhmacher, die am 12. Dezember stattfindet, aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die öffentliche Versammlung der 5. Gruppe (Tischler, Klaviermacher, Möbelpolier, Drechsler u. s. w.), welche am 30. November tagte, konnte die Tagesordnung: „Wahl der noch fehlenden Erghandlener zum Gewerbegericht“, wegen zu schwacher Betheiligung nicht erledigen. Es wurde beschlossen, daß die Tischler beauftragt werden sollen, eine Gruppenversammlung in kürzester Frist einzuberufen, wo die noch fehlenden Kandidaten zum Gewerbegericht aufgestellt werden sollen.

Die öffentliche Zimmererversammlung am 30. November hatte die Berichterstattung über die Verhandlungen in den beiden Organisationen betreffend die Organisationsfrage auf der Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe machte Kamerad Gessrois bekannt, daß es einer Reihe kleiner Gewerkschaften nicht möglich sei, selbst ihre Kandidaten zum Gewerbegericht zu wählen; wir wären deshalb genöthigt, noch einen Verwahlskandidaten zu bestimmen. Nach einer kurzen Diskussion wurde als solcher Kamerad Leonhardt, Antonstr. 34, gewählt. Den Bericht der Verhandlungen über die Organisationsfrage erstattete Kamerad Oßi von Seiten des Zentralverbandes. Derselbe führte aus, daß im Verbanne eine Resolution angenommen worden sei, welche belege, von der Zentralorganisation nicht abzuweichen. Von Seiten der freien Vereinigung erklärte Kamerad Thamm, daß dasselbe das Gegentheil beschlossen worden sei, daß aber die freie Vereinigung sich zu gunsten einer Organisation mit Vertrauensmännern aufzulösen wolle. Für eine solche traten ferner die Kameraden Oßi, König, Päßler, Runge und Pöhold ein; alle betonten, daß wir wegen der Verhältnisse unter den Berliner Zimmerleuten gesungenen wären, diese Schritte zu thun, nur so würden wir diejenigen, die heute der Organisation fernstünden, wieder bewegen können, zu uns herüber zu treten. Für das Fortbestehen des Verbandes traten die Kameraden Gräse, Petermann, Gessrois, Weis, Knäpper und Giesner ein mit der Motivierung, daß sich die meisten Arbeiter Deutschlands für feste Zentralisation ausgesprochen hätten und die Berliner Zimmerer nicht isoliert stehen könnten. Es wurde dann ein Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die Vorarbeiten zur Gründung einer losen Zentralisation in die Hand zu nehmen hat, mit drei Stimmen Majorität abgelehnt und bleiben somit beide Organisationen bestehen.

Die Steinmeyer hielten am 30. November eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Stadtverordnete Th. Meyer ausführlich erklärte, wie sich die Arbeiter zu verhalten haben, um sich ihr Stimmrecht für die Gewerbegerichts-Wahlen zu sichern. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten dem Referenten beifällig, daß Vorstände von Polizeibureaus und Bezirksvorsteher zugleich sich geäußert haben, die bekannten Formulare zu kompen. Meyer empfahl, daß man sich in solchen Fällen, angelehnt mit den nöthigen Papieren, an die für die Aufnahme in die Wählerlisten errichteten Bureau wende und Protest erhebe. Die Aufnahme in die Liste werde dann dort erfolgen. Weiter ließ man sich aus über die Innungsverhältnisse. Man kam hier zu dem Resultat, daß eigentlich niemand wisse, ob ein Innungs-Schiedsgericht bestehe oder nicht. Wenn es doch der Fall sein sollte, entspräche es nach Lage der Verhältnisse nicht den gesetzlichen Anforderungen; diejenigen Steinmeyer, welche bei Innungsmeistern arbeiten, hätten also keine Ursache, sich nicht an den öffentlichen allgemeinen Wahlen zum Gewerbegericht zu betheiligen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit lag es den Versammelten ob, gleich den Kollegen anderer Städte einen Ort für den nächsten Steinmeyer-Kongress vorzuschlagen. Nach lebhafter Diskussion entschied sich die Mehrheit der Anwesenden für Frankfurt. Dann beschloß man, die Sammlungen zum Generalfonds für die Zeit von Weihnachten bis zum 1. März anzusehen, da die Arbeitslosigkeit unter den Steinmeyern im Winter zu groß sei. Einige Redner tadelten die mangelhaften Verhältnisse auf dem Platz von Himmel. Es wurde baselbst zum Theil bedeutend unter dem Tarif bezahlt. Bevor die Versammlung schloß, forderte der Vertrauensmann die arbeitslosen Berufsgenossen auf, sich zahlreich zu melden, wenn im Anfang des nächsten Jahres die Arbeitslosen-Statistik für Berlin aufgenommen werden solle.

In Neu-Treptow fand am 27. November eine vom Leff und Dilitzsch „Hosenlever“ einberufene Versammlung für Männer und Frauen statt. Nachdem Genosse Lutz über das Thema: Die Herbeiführung und Vertiefung der Werthe in der sozialistischen Gesellschaft“ gesprochen hatte, wurden 11 Personen meist weiblichen Geschlechts, in den Verein aufgenommen.

Die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Schöneberg hielt am 20. November ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Behrend unter lebhaftem Beifall auf der Beschaffung von Neuwerbungen „Die Bibel“ eine Vorlesung hielt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Von der letzten Verlosung her ist noch der auf Nr. 14 gefallene Gewinn ein Bild, bei P. Schröder, Kolonnenstr. 143, abzuholen.